

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Kreuzzeitung: Amt 1, Nr. 1508.
Zeitungsm. Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Sonnabend, den 10. Februar 1900. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der zweite Tag.

Die Flottenvorlage hat im Reichstage Unglück. Und wie
Napoleon schon sagte: Das Unglück ist eine Eigenschaft. Der
erste Tag war schlimm, der zweite stellt sich dem ersten würdig
zur Seite. Es ist viel geredet worden, aber keine der Reden
hat die Flotte flott gemacht. Die einzige Rede von
Bedeutung, die Eugen Richters, war, soweit sie sich
nicht in Einzelheiten verlor, eine Reihe von Breitseiten
gegen die windige Zukunftsflotte der kapitalistischen
Geschäftspolitik und ihres Anhangs von byzantinischen
Schmarozern und knabenhaften Phantasten.

Das war der zweite Tag.
Der dritte und letzte wird dem ersten und zweiten
gleich sein in der Hauptsache. — Und die Haupt-
sache ist: die ganze Flottenbegeisterung ist künstliche
Mache — die Männer, die für die Vorlage eintreten, thun es, weil sie
müssen oder um ihres Vorteils willen. Daraus erklärt
sich die kagenjämmerliche Stimmung der einseitigen Kurra-

Patrioten. Und da niemand im Ernst an die Notwendigkeit
der Flottenvorlage glaubt, ist der gegenwärtige Kagen-
jammer der unangenehmste von allen: Kagenjammer ohne
Kauf.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 9. Februar.

Die Beratung des Justizetats.

Das Abgeordnetenhaus begann am Freitag die zweite
Lesung des Justizetats. Wie üblich knüpfte sich an den Titel
„Minister“ eine Art Generaldebatte, deren wesentlicher Charakter
— der Zusammensetzung des Hauses entsprechend — darin bestand,
dass die Herren lediglich solche Fragen zur Sprache brachten, an
denen die Bourgeoisie allein oder doch wenigstens mit beteiligt ist,
während solche Fragen, die in der Arbeiterklasse großes Aufsehen er-
regten, z. B. gewisse haarsträubende Ueteile aus den letzten Jahren,
nicht berührt wurden.

Das in der konservativen Presse seit einiger Zeit laut ge-
wordene Verlangen nach Wiedereinführung der Prügelstrafe
kam zum Ausdruck in den Reden der Abg. Weise (lsm.) und des
bekannten Pastors Schall. Beide fangen ein langes Loblied auf
diese mittelalterliche Institution, hüten sich aber sehr wohl, auch
nur anzudeuten, dass die Prügelstrafe gegebenen Falls auch gegen
Leute aus ihrer Gesellschaftsklasse zur Anwendung kommen solle.
Wie reaktionär ein solches Verlangen ist, zeigt wohl am besten die
Thatsache, dass selbst ein so konservativer Minister wie Herr Schön-
feldt sich unheimlich nicht damit befreunden kann. Und das will
viel sagen. Mit Recht bezeichnete der Minister die Wiedereinführung
der Prügelstrafe als eine heilige Frage. Nicht unangebracht war
auch sein Hinweis darauf, dass man nicht gut die Prügelstrafe
für Civilisten einführen könne, für das Militär aber nicht, und dass
man doch keinen Unterschied machen dürfe zwischen Rodeln von
Leuten, die der Armee angehören, und solchen aus dem Bürgerlande.
Durchaus am Platze war sein Zweifel daran, ob man heute noch
das Personal finde, das sich zur Vollstreckung solcher Strafen
hergeben. Es ist ja bekannt, dass die Prügelstrafe nicht nur auf den,
der sie empfängt, sondern auch auf den, der sie vollzieht, eine lästige
Wirkung ausübt.

Weiter wurde die Frage der bedingten Verurteilung
angekommen. Die Antwort des Ministers hierauf lautete, dass die
Einführung der bedingten Verurteilung von den noch zu sammelnden
Erfahrungen abhängen, und dass das System der bedingten Ver-
urteilung, das wir seit drei Jahren anwenden, befriedigende Resultate
gezeitigt habe und in mancher Beziehung den Vorzug vor dem System
der bedingten Verurteilung verdiene.

Von den übrigen Anregungen, die die Debatte bot, erwähnen
wir die einen besseren Vorbildung der Richter, einer Vermehrung der
Richterstellen und besserer Bezahlung der vorgebildeten Gefangenen-
aufseher, eine Frage, die angesichts der bekannten Durchsicherungen in
Pflönsen von Bedeutung ist.

Sonnabend wird die Debatte fortgesetzt.

Ein Zukunftslied aus der Vergangenheit.

Man schreibt uns:
Vor 112 Jahren sang der von seinem Fürsten in
grausamster Weise rechtlos eingekerkerte deutsche Dichter
Christian Daniel Schubart in seinem Kapliede:

„Auf, auf! Ihr Brüder und seid stark,
Der Abschiedstag ist da.
Schwer liegt er auf der Seele, schwer!
Wir sollen über Land und Meer
Ins heiße Afrika.“

Ein dichter Kreis von Lieben steht,
Ihr Brüder um uns her;
Und knüpft so manches teure Band
An unser deutsches Vaterland,
Denn fällt der Abschied schwer.

Dem bieten graue Eltern noch
Zum letztenmal die Hand;
Den lösen Bruder, Schwester, Freund;
Und alles schweigt, und alles weint,
Tobdolk von uns gewandt.

Und wie ein Geist schlingt um den Hals
Das Liebchen sich herum:
Willst mich verlassen, liebes Herz,
Auf ewig? — und der still're Schmerz
Nacht's arme Liebchen stumm.

Ist hart drum wieble Du, Tambour,
Den Generalmarsch drein.
Der Abschied macht uns sonst zu weich,
Wir weinten keinen Kindern gleich —
Es muß geschieden sein.

Lebt wohl ihr Freunde, sehn wir uns
Vielleicht zum letztenmal;
So denkt, nicht für die kurze Zeit,
Freundschaft ist für die Ewigkeit,
Und Gott ist überall . . .“

Heut werden keine schwäbischen Landeslieder mehr von
ihrem teuren Landesvater für blankes Gold an die Engländer
verkauft, um im Kaplande ihr Leben im Kampf
mit den Gottentotten zu lassen; heut können eher die
englischen Angenordenen, die sich den sicher treffenden Wüchsen
der Boeren entgegenstellen sollen, ähnliche Lieder singen. Aber
dessen kann man sicher sein: sollte die neue deutsche Welt-
politik aus der Phrase zur Wirklichkeit werden, so wird es
nicht lange dauern, und eine Veranlassung wird gefunden sein,
die neue kostspielige deutsche Schlachtflotte auch zu beschäftigen.
Wie im Jahre 1886, als die sogenannte Hereresreorganisation
in Preußen gegen den Willen der Volksvertretung vollständig
durchgeführt war, es nicht lange dauerte, bis der Krieg mit

Oesterreich angefangen wurde, so dürfte, wenn erst die ver-
langte deutsche Schlachtflotte gebaut ist, bald Gelegenheit ge-
funden sein, um neben dem mächtigen Landheer auch die neue
mächtige Flotte in glänzenden Seeschlachten in Thätigkeit zu
setzen, sei es gegen „das schneeige Albion“, sei es gegen die
Boeren oder gegen die Herero oder gegen die Japaner oder
gar gegen die Träger des Sternbanners.

Dann werden es nicht nur brave Schwabensöhne sein,
die ihr Herzog an die Engländer verkauft hat, welche ihr
junges Leben in diesen „glänzenden Seeschlachten“ lassen
müssen, sondern Angehörige aller deutschen Stämme, wie es
Schubart in einem andern Liede schildert:

„Erhoben haben sich zum Menschenwürden
Die Erdemänner ohne Zahl
Krieg donnert's schrecklich von Gebirgen
Krieg hallt's entschuldig nach im Thal.“

Der Wodgeist kommt in dumpfen Schwefeldüften;
Sein Auge roht in roter Blut.
Ein Wetter brüllt um seine Hüften,
Und seine Sohle steht im Blut. — —

Der Ocean erschrickt ob Menschenleichen,
Die seine Woge wälzen soll.
Die heiße Sonne brüht Seanden,
Von Jammer ist die Erde voll. . . .“

Deutsches Reich.

Bequeme Ausflucht.

Den Flottenfreunden ist die Aufzehrung der Kosten-
frage sehr unangenehm. Während früher die „Berliner Poli-
tischen Nachrichten“ unvorsichtig auf künftige Mehreinnahmen des
Reichs aus der Erhöhung der Agrarzölle hinwiesen, schlägt das
Organ des preussischen Finanzministers jetzt eine ganz andere Taktik
ein. Wozu, sagt es, sollen wir uns jetzt den Kopf darüber zerbrechen,
woher neue Einnahmen zu erschließen seien; dazu sei zur Zeit gar
nicht der mindeste Anlaß. Das Blatt des Flotten-Marinesekretärs a. D.
fährt aus:

„Erst wenn in der Folge etwa die Notwendigkeit sich ergeben
sollte, ohne Vermehrung der Einnahmen des Reichs Maritimar-
umlagen über die Ueberweisungen hinaus in
größerm Betrage auszufahren, würde der Zeitpunkt gekommen
sein, wo die Deckungsfrage praktische Bedeutung gewinnen
könnte. Auch würde eine solche vorzeitige Befassung mit der
Deckungsfrage mit der Auffassung in Widerspruch stehen,
von welcher der Reichstag selbst, und zwar unter Führung des
Centrums, sich bei der Behandlung der Frage über die Deckung
der Mehrkosten der Hereresvorlage von 1893 leiten ließ. Demals
verhielt sich der Reichstag gegen die Vorschläge der verbündeten
Regierungen, eine Vermehrung der Einnahmen des Reichs in Höhe
jener Mehrkosten herbeizuführen, ablehnend. Er bewilligte ledig-
lich eine Erhöhung der Reichs-Stempelabgaben, welche nur zur
Deckung eines Bruchteils jener Mehrkosten ausreichte und hat in-
sofern Recht behalten, als die natürliche Zunahme der bestehenden
Reichseinnahmen völlig ausgereicht hat, jene Mehrkosten zu decken.
Es wird sich daher dringend empfehlen, daß der
Reichstag von 1900 an der Finanzpolitik des
Reichstags von 1893 festhält.“

Also die Milliardenfrage hat vorläufig „keine gewisse Bedeutung“,
da sich der Reichstag früher selbst auf die Steigerung der laufenden
Reichseinnahmen verlassen habe. Die „Berl. Polit. Nachr.“ verweisen
dabei nur zweierlei, einmal daß es sich jetzt um ungeheurer viel größere
Summen handelt als 1893 und sodann, daß die Regierung selbst
durch ihre Absicht, wenigstens 670 Millionen auf Anleihe auf-
zunehmen, bekundet hat, daß sie die laufenden Reichseinnahmen nicht
als hinreichend anzusehen vermag.

Wir wiederholen auch bei dieser Gelegenheit unsere Meinung,
dass die Vollverrechnung auch leinewege dabei sich beruhigen dürfte,
wenn selbst die laufenden Einnahmen wirklich zum Bau der Flotte
ersten Ranges hinreichen könnten. Vielmehr hat sie die Pflicht, dafür
zu sorgen, dass wenn schon neue Panzerflotte in den Ocean geset
werden sollen, dies überhaupt nicht aus den Steuern bewerk-
stelligt werden darf, welche die untern Volksklassen am drückendsten
belasten. —

Die Zwangsschwärmer.

Die „Germania“ entspricht heute der Aufforderung, die Namen
der konservativen Abgeordneten zu nennen, die das Centrum für die
Ablehnung der Flottenvorlage scharf zu machen suchten. Der
Direktor des Bundes des Landwirte, Dr. Gahn, habe neuerlich in
einer Unterhaltung mit einem Centrumsabgeordneten — es soll der
katholische Agrarier Szmulka gewesen sein — auf dem Wege vom
Abgeordnetenhaus zum Reichstag in diesem Sinne auf das Centrum
eingewirkt gesucht. Weiter erklärt die „Germania“, daß im Früh-
jahr 1898 anlässlich der Militärnovelle der konservative Ab-
geordnete Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode
an Mitglieder des Centrums herangetreten sei,
um sie zum Festhalten an dem Abstrich von 7000
Mann zu ermutigen, während hernach die konservative Partei
geschlossen für die volle Bewilligung eintrat.

Die „Kreuz-Zeitung“ bezweifelt zwar die Wahrheit der An-
gaben, worin aber merkwürdigerweise zugleich ihre Parteigenossen,
auch in ihrem privatessten Verkehr mit Mitgliedern des Centrums
sich der allergrößten Zurückhaltung zu befleißigen, da, wie die Er-
fahrung lehrt, auf Discretion nicht zu rechnen ist. Dass dieselbe
Warnung in etwaigen Beziehungen zu Vertretern der „Germania“
doppelt am Platze ist, liegt auf der Hand. Wir müssen offen gestehen,
dass und eine derartige Kundgebung rein privater Gespräche in der
Öffentlichkeit bisher bei keiner andern Partei begegnet ist. — Da-
nach scheint die „Kreuz-Zeitung“ doch wieder an die Wichtigkeit der
Behauptung der „Germania“ zu glauben.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ verlegt sich aufs Neugnen.
Aber wozu? Die Herren haben doch nur gesagt, was ihrer wirklichen

Ueberzeugung entspricht. Sie fürchten den Marinismus und sogar schon den Militarismus, der ihnen die Leute wegheißt! Und sie sind mir zu feige, ihrer Ueberzeugung gemäß zu handeln, weil sie die Gunst der Krone nicht völlig verlieren wollen. Ihre Flottenschwärmerei ist nicht Wahnsinn, wie bei den Alldutschen, sondern Methode — die Methode, durch Liebedienerei Vorteile zu erschmeicheln.

Die Flottenheuchelei der Agrarier ist entlarvt — da hilft kein Zeugnen mehr! —

**Aufs Land!** Die „Konservative Korrespondenz“ giebt sich den Anschein, als ob ihr unsere Berliner Protestversammlungen gegen den Flottentummel nicht imponieren. Sie schreibt:

„Solche Berliner Proteste aber besagen gar nichts. Die Herren Nebel, Singer usw. sollten doch einmal in die Provinzen gehen und dort gegen die Flottenvermehrung „protestieren“, — das würde ein ganz anders Gesicht erhalten. In Berlin kann es der socialdemokratischen Organisation gar nicht schwer fallen, die nötige Anzahl Stimmvieh zusammen zu bringen, um nach einer Schablonenrede zu der wohlpräparierten Resolution gehorsamt „Ja“ zu sagen. Jünal die Flottenprotestversammlungen sind seit Wochen vorbereitet worden und die gesamte Führerschaft ist in Reich und Glied angetreten, um ja eine „impolante Demonstration“ zu stande zu bringen. Das spricht auch nicht gerade dafür, daß der gerühmte Protest freier Ueberzeugung entspringen sei, daß die Flottenfeindschaft in der That die Arbeitergemeinschaft beherrsche.“

Um die „Konf. Korresp.“ ein wenig in unsere Mobilisierungs-Gehimmnisse einzuwischen, können wir ihr verraten, daß die erste Anregung zu den „seit Wochen“ vorbereiteten Versammlungen genau acht Tage, bevor sie stattfanden, erfolgt ist. Gar so langsam ist unsere Mißgöte doch nicht, wie die „K. R.“ hofft. Ihren Rat aber, in die Provinzen zu gehen, können wir aus dem Grunde nicht mehr befolgen, weil bereits überall mit dem gleichen Erfolg auch in der Provinz derlei Kundgebungen stattgefunden haben.

Indessen, wir versprechen noch mehr zu thun. Wir sind nicht nur in die Provinz gegangen, sondern wir werden sogar, falls es zur Reichstagsauflösung kommen sollte, aufs Land, aufs platte Land, da, wo es am agrarischsten ist, wandern, und es wird ein großes Vergnügen bereiten, vor der ländlichen Bevölkerung gegen die Flotte zu sprechen, während die Herren Konservativen uns gegenüberreden werden, um begeistert die „Liebesgabe für den Handel“ zu empfehlen. —

**Vom Wasser zum Alkohol.** Wie allenthalben haben auch in Leipzig die Arbeiter in glänzenden verlaufenen Versammlungen gegen die Wasser- und Weltpolizei demonstriert. Die dortigen Studenten haben, wie ihre Berliner Kommilitonen, einer der drei Versammlungen akademische Weihen zu spenden versucht. Das Unglück wollte es, daß unser Referent, dem Abg. Geier, das Schreiben in die Hände gefallen war, in dem die Jünglinge zu dem Versammlungsbesuch aufgefordert worden waren. Geier verlas in der Versammlung das denkwürdige Aktenstück, das folgenden Wortlaut hat:

d. 6. 2. 1900.

Sehr geehrter Herr!

Morgen, Mittwochabend findet im Pantheon in der Dreßdenerstraße eine socialdemokratische Versammlung gegen die Flottenvorlage statt. In dieser Versammlung werden verschiedene Professoren, darunter Sohn, Lambrecht, als Gegenredner sprechen. Es ist erwünscht, daß möglichst viel Studenten aller Korporationen dazu erscheinen.

Nach dem Vortrage wird im Thüringer Hofe eine kleine Aneignung für den D. C. abgehalten, an der die Professoren ebenfalls teilnehmen sollen.

Im Interesse der Sache ist Ihr Erscheinen schon 1/27 Uhr erwünscht.

Mit durchschschnittlichem Gruße zeichnet ergebenst  
J. A. der Burdenschaft Dresdenia  
H. S.

Diese braven sächsischen Studenten wissen noch nicht einmal, daß sich ihr berühmter Professor Kompromitt mit einem „harten p“ schreibt. Wer weiß aber, ob sie ohne die Aussicht auf die späteren Alkoholgenüsse, sich überhaupt dazu hätten verleiten lassen, für das Wasser eine Kundgebung zu veranstalten! —

**Der Papiersturm.** Die gestern erwähnte Blockade-Broschüre des Papiervereins wird nicht in 200 000, sondern in 1 1/2 Millionen Exemplaren verbreitet werden.

Es wird zweckmäßig sein, am Donnerstag überall Papierföhrbe aufzustellen, damit die Straßen und Eisenbahnen nicht gar zu unansehnlich werden.

**Die erste jener „Flottenvorstellungen“,** die, wie mitgeteilt, der Theaterdirektor Häfner bei seinen Kollegen angeregt hat und deren Ertrag für die Erbanung eines dem Kaiser zu schenkenden Kriegsschiffes dienen soll, hat dieser Tage im Stadttheater zu Solingen stattgefunden. Der erhoffte Ueberschuß ist jedoch ausgeblieben. Etwa 300 Personen mochten anwesend sein, so daß ungefährl. die Unkosten gedeckt sein können. —

**Der bescheidene Flottensaulus.** Des „Berliner Tageblatts“ Specialaufsatz, der auszog, ein Königreich zu suchen, und nicht einmal einen Fehlsand, der ihm glaubte, jetzt seine Verkündung der Socialdemokratie unermüdlich fort. Daß in den Protestversammlungen gegen die Flottenvorlage unsere Genossen, wie es selbstverständlich ist, die Marineisten ruhig reden ließen, scheint dem nativen Saulus ein Beweis für flottenfreundliche Unterströmungen.

Wäre so etwas noch vor kurzen möglich gewesen? Wir behaupten, Delbrück hätte früher seine Gegenrede gar nicht halten können, weil man ihn niedergegeschrien hätte. Daß die Socialdemokraten also über die Flottenfrage bereits mit sich diskutierten lassen, ist schon ein Fortschritt. So weit sind sie natürlich freilich noch nicht, daß sie nun auch über die neue Marinenvorlage mit sich reden ließen.

Dieser „ehemalige Socialdemokrat“ weiß noch nicht einmal, daß wir das Radanmachen stets den Studenten und Nationalen überlassen haben, wie denn auch diesmal die einzigen Unruhestifter — studentische Flottenschwärmer waren. Die Zurückhaltung der Arbeiter war so groß, daß in einer Versammlung sogar einer der jungen Herren von „Pöbelmischmasch“ zu reden sich erdreisten durfte, ohne daß ihm etwas anderes zu teil wurde als ein kleines verächtliches Gelächter. —

Herr Dr. Kasian schreibt uns zu unserer Notiz über die „Beilage zum III.“: Mit dem jüdischen Art kann nur ich gemeint sein. Ich gebe Ihnen hiermit die blühende Versicherung, daß ich niemals die Artikel eines evangelischen Geistlichen geschrieben habe.

Werden uns nun auch die Personen, die in den Verdacht kommen könnten, den Flottensocialisten Saulus gemint zu haben, ähnliche blühende Erklärungen abgeben? —

**Rabbinischer Negirdienst.** Auch der Rabbiner Rosenthal in Breslau hat in der Synagoge für die Flottenvorlage gepredigt. Werden nun die Juden wenigstens See-Offiziere werden dürfen? Um die Parität zu wahren, treten nun auch hohe katholische Würdenträger als Marine-Agitatoren auf. Wie die „All. Volks-Ztg.“ berichtet, wird Hochwürden Professor Schröder in Münster dem dort zu gründenden Flottenverein als Agitationsredner dienen. —

**Zur lex Heinze.** Die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ erklärt, daß die lex Heinze in der vom Reichstag beschlossenen Fassung für die verbündeten Regierungen völlig unannehmbar sei. Die unannehmbaren Bestimmungen betreffen die Heraushebung des Schulgastens aufs 18. Jahr, den Arbeitgeber- und den Theaterparagaphen.

**Der Militarismus und die Leutesucht vom Lande.** Im Königreich Sachsen giebt sich die „Sozialistische“ — Arbeitsvermittlungsgesellschaft für gediente Soldaten — nach ihren eigenen

Angaben alle erdenkliche Mühe, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zuzuführen. Noch während sie bei der Truppe sind, werden den Reservisten gedruckte „Belehrung für Arbeitsuchende“ zugeführt, in welcher die Vorteile der Arbeit auf dem Lande, und die Rücksicht dahin dringend empfohlen wird. Besondere Anstrengungen wurden nach der Richtung im letzten Jahre gemacht, doch ohne jeden nennenswerten Erfolg. Es wird konstatiert, daß die Mannschaften, welche vor ihrer Dienstzeit auf dem Lande arbeiteten, fast durchweg nicht zu bewegen sind, wieder dahin zurückzukehren. Man hat nun den Gründen nachgeforscht, wie das kommt, und da hat sich ergeben, daß die Leute das städtische Leben und sogar das Maschinenleben gegenüber dem Landarbeiterleben als eine bedeutende sociale Besserung empfinden. Nach Angaben der Leute, die befragt wurden, lassen die Verpflegung, Unterkunft, Behandlung, zum Teil auch die Lohnverhältnisse nicht selten viel zu wünschen übrig. — Es ist besonders interessant, daß hier von einwandfreier, gewissermaßen offizieller Stelle aus konstatiert wird, was man den Socialdemokraten stets bestritten, wenn sie das gleiche behaupteten. Wie muß das Leben auf dem Lande aussehen, wenn man das in der Kaserne als eine Besserung empfindet! —

**Graf Altdorfer vom Erregte.** In der Gerichtsverhandlung gegen unsern Parteigenossen Haber in Königsberg, der wegen Verleumdung des Landrats von Rognit angeklagt war und freigesprochen wurde, spielten einige Neußerungen des Grafen Altdorfer im Reichstag eine gewisse Rolle. Der Herr Graf hatte die großen Erfolge, die seine Partei mit dem „patriotischen“ „Volksfreund“ in Ostpreußen errungen habe, überlaut gefeiert. Der als Zeuge in jenem Prozeß vorgeladene Generallandschaftsdirektor Landrat a. D. v. Alving — es handelte sich darum, ob das amtlich und portofrei verkaufte Blatt ein „politisches“ sei — mußte nun auf die Anfragen des Verteidigers, Abg. Haase, bekunden: „Wir waren höchst verwundert und erschrocken über die Ausführungen des Grafen Altdorfer. Dieselben sind nicht richtig! Wir konnten uns dieselben nur so erklären, daß Graf Altdorfer dieselben in großer Erregung gemacht hat.“

So wird der Herr Graf wenigstens seinen eignen Parteifreunden schrecklich. Seinen politischen Gegnern bereitet er nur frohe Minuten. —

**Seines Amtes entsetzt** wurde vom Kreisamtsschuh vor einigen Monaten der Gemeindevorsteher Feuerfänger zu Starupönen, Kreis Insterburg, weil er angeblich bei der letzten Reichstagswahl für die Socialdemokratie Agitation getrieben hat. Die Verurteilung Feuerfängers ist dieser Tage vom Oberverwaltungsgericht verworfen worden. —

**Dresden, 8. Februar.** (Fig. Ber.) Die Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Familienanwartschaften vorgelegt. Danach ist die Errichtung einer solchen nur auf vorhandenem Grundbesitz gestattet, und vorausgesetzt, daß derselbe höchstens bis zu einem Drittel seines Ertragswertes mit Grund- und Hypothekensachen und Renten belastet ist und einen jährlichen Rentenbetrag von mindestens 7500 Mark gewährt. Die Anwartschaft kann vom Stifter unter gewissen Vorbedingungen auch auf bewegliche Sachen, die eine dauernde Ruzung gestatten, erstreckt werden. — Ferner ist ein Gesetzentwurf über eine Kostenordnung für Rechtsanwälte und Notare vorgelegt. Der Entwurf bezweckt, die landesrechtlichen Vorschriften zusammenzufassen und dem in Kraft getretenen neuen Rechte anzupassen. Dann ist auch Mißsicht genommen auf die veränderten Verhältnisse, insbesondere auf das Sinken des Geldwertes. —

**Aus dem sächsischen Staatsmuster-Vetriebe.** Nachdem die sächsische Staatsbahnverwaltung den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts verboten und dieses Verbot durch die Anwendung der Hungerstreiche bekräftigt hat, soll ihnen jetzt auch noch das durch die sächsische Verfassung garantierte Petitionsrecht und die Vertretung ihrer Interessen durch die Presse verweigert werden. Das Amtsblatt der Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen veröffentlicht einen Ullas, worin dem Bahnpersonal die „Flucht in die Oeffentlichkeit“ sehr übel vermerkt und deshalb einfach dekretiert wird, daß Wünsche in dienstlichen Angelegenheiten lediglich auf dem „geordneten Dienstwege“ vorzubringen sind.

Dieser Erlass erklärt aber erst die richtige Veleidung, wenn man einen im genannten Organ Ende November veröffentlichten dagegen hält. Es wird da auf die angebliche Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung bezw. Regelung der Gehälter hingewiesen. Dann kommt aber das dicke Ende. Damit nämlich durch diese angeblichen Verbesserungen das fiskalische Interesse nicht zu Schaden kommt, muß erwariet werden, daß durch intensivere Leistungen des Personals der Mehraufwand ausgeglichen wird. Aus diesem Grunde wird Befristung der Dienstpläne eventuell Verminderung des Personals und der sächsischen Ausgaben, Beschränkung der Anträge auf Personalvermehrung zc. verlangt. In demselben Augenblick also, wo die Erfüllung der Wünsche der Eisenbahner auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem „geordneten Dienstwege“ so gut wie aussichtslos gemacht wird, verweist man das Personal lediglich auf diesen Weg. Das ist allerdings eine ganz famose Methode, Ruhe zu stiften — nach sächsischer Staatsweisheit.

Wie bürgerliche Blätter melden, werden übrigens die Mahregelungen von Eisenbahnern wegen Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Rechte fortgesetzt. Es sollen danach Arbeiter, die im Verdachte socialdemokratischer Gesinnungen“ stehen, in Dresden, Leipzig, Zommatzsch, Glauchau und Görlitz entlassen sein. — So jät man Drahtensaat. —

**Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar.** Dem Landtag ist ein von 13 Abgeordneten unterzeichneter Antrag, betreffend die Verwilligung von 6000 M. zum Besuch der Pariser Weltausstellung, zugegangen. In der ersten Lesung wurde von socialistischer Seite die Erwartung ausgesprochen, daß auch Arbeiter berücksichtigt würden und zu diesem Zweck den Gewerkschaften eine Unterzeichnung von diesem Betrage geben möge.

In Weingenjena ist jetzt sogar eine Versammlung, zu welcher nur mit gewerkschaftlicher oder politischer Organisations-Legitimation verschiedene Personen Zutritt haben sollten, unter der altbekannten Begründung verboten worden.

Wegen eines in dem „Jenaer Volksblatt“ veröffentlichten Aufsatzes, der organisierten Arbeiter zur Gewinnung eines Versammlungslokals zu unterstügen, und deshalb die Veranstaltungen in solchen Sälen, die den Arbeitern zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen, zu meiden, hat jetzt der Verleger und Drucker des „Jenaer Volksblatts“ wegen Verübung groben Unfugs einen amtsgerichtlichen Strafbefehl auf 20 M., der Unterzeichner des Aufsatzes, Genosse M. Grünwald, einen solchen auf 50 M., und der im Aufruf genannte Genosse Klopfer zur Annahme von Beschwerden zc. einen solchen auf 30 M. erhalten.

Das „Jenaer Volksblatt“ stellt demgegenüber fest, daß vor einem Säkulum Kaiser bei seiner zweiten Verurteilung an die dortige Universität geschrieben habe:

„Kein Ort in Deutschland würde mir das sein, was Jena und seine Nachbarschaft mir ist, denn ich bin überzeugt, daß man nirgends eine so vernünftige Freiheit genießt und in einem so kleinen Umfang so viele vernünftige Menschen findet.“

So ändern sich die Zeiten und die Ansichten! —

**Kandidaten für Zwangsverziehung.** Der 24 Jahre alte cand. med. Kurt Schulte in München geriet am 23. v. J. mit einem Fräulein in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf letzterer von dem gebildeten Rufenjüngling die Karte zwecks Feststellung seiner Personalkosten verlangte. Mit den Worten: „Ich werde Ihnen ein paar hinter die Ohren geben,“ versetzte Schulte dem Architekten mit einem Stoß einige Schläge auf den Kopf, so daß der Getroffene 4 Tage arbeitsunfähig und 10 Tage in ärztlicher Behandlung war. Das Urteil lautete auf 30 M. event. 5 Tage Gefängnis.

### Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen beleidigender Neußerungen über die sechs Söhne des Kaisers verurteilte die Strafkammer zu Stalupönen die 21 Jahre alte Tochter Anna des Landbesizers Henne-mann aus Wilsen zu sechs Wochen Gefängnis. — In derselben Sitzung wurde der wegen Verleumdung des Kaisers denunzierte Gemeindevorsteher Becker aus Szamietlehmen von dieser Anklage freigesprochen.

Wegen Majestätsbeleidigung war vor der Liegnitzer Strafkammer angeklagt der Fleischergehilfe Paul Schwarzer, zur Zeit in Schwelbnig in Haft. Die Beleidigung war entfallen in einem Briefe, welchen der Angeklagte an seine Schwester gerichtet hatte und welcher in unredliche Hände gekommen war. Die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis!!! —

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Bentherer Landgericht der Hausbesizer und Rentier Valthasar Pietruschka in Lipine zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

### Die Vorlage über Samoa

soll, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, am Montag dem Reichstage zugehen.

Uebrigens scheinen sich auch auf Samoa, unserer letzten Erwerbung, sehr ungemüthliche Zustände für die deutschen Herren herauszubilden. Der „Voss. Ztg.“ wird vom 25. Januar aus Samoa folgende über eine gefährliche und gärende Stimmung auf Samoa geschrieben:

Hier sind sechsen Verächte aus Samoa eingetroffen, wonach die amerikanischen und britischen Bewohner Syas von der neuen Ordnung der Dinge nicht sonderlich ergrüt sind. Auch die Eingeborenen sollen enttäuscht sein, vornehmlich Matafas Anhänger, die bloß ein schmerzliches Verhältniß erwarteten, unter dem sie zur Wahl ihres eigenen Königs berechtigt gewesen wären. Als Matafa die erste Kunde von der Annexion erhielt, soll er in Thränen ausgebrochen sein. Er behauptet, er habe nie die zeitweilige Regierung anerkannt und habe mit der Einziehung der Steuern von den Eingeborenen für seine Rechnung während jener Zwischenherrschaft fortgefahren. Ein Bewohner Sydneys, der soeben aus Samoa zurückgekehrt ist, erklärte, daß das Deutsche Reich dort mehrere Kriegsschiffe zur Erhaltung des Friedens bedürfte, da ein baldiger Aufstand der Eingeborenen zu befürchten sei.

Kun ist ja die Notwendigkeit der deutschen Flottenvorlage ganz klarlich erwiesen. —

**In Kiautschou** wurde nach dem „Ost. Lloyd“ am 11. Dezember eine große Razzia auf Räuber abgehalten. Das dritte Seebatalion umstellte die drei Dörfer Sautschou-tan, Hai-po und Taitung-tschou und die ganze Bevölkerung mußte vor den abgeordneten chinesischen Beamten desfilieren, denn man vermutete, daß sich Räuber unter den Dorfbewohnern anhielten. Tatsächlich wurden 37 Leute verhaftet, von denen 27 aber nach dem Verhör entlassen werden konnten. Von den übrigen zehn hat sich einer erhängt.

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

**Verständigungs-Konferenz.** Wien, 8. Februar. In der heutigen Sitzung des Einleiters der böhmischen Abteilung der Verständigungs-Konferenz beschäftigte man sich mit der Sprachenfrage bei den autonomen Behörden Böhmens. Nach eingehender Beratung wurde in einigen Punkten eine Annäherung der beiderseitigen Anschauungen erzielt und die Erörterung über mehrere bisher noch offen gebliebene Fragen der nächsten am Montagvormittag stattfindenden Sitzung vorbehalten.

**Mit außerordentlicher Schärfe** geht jetzt die österreichische Militärverwaltung gegen die ezedischen Reservisten vor, die beim Namensaufruf statt mit dem deutschen „Hier“ mit „Jde“ antworten. Wie die „Neue freie Presse“ meldet, wurde von den Reservisten, welche bei der Kontrollversammlung in Gaha mit Jde antworteten, von Brünner Militärgericht ein Unteroffizier wegen Meuterei zu 15 Monaten Festungshaft, ein Oberjäger wegen Insubordination zu 8 Monaten Festungshaft und 5 Reservisten zu sechs Monaten schweren Arzlers verurteilt. —

#### Schweiz.

**Bern, 8. Februar.** (Fig. Ber.) Nicht nette Enthüllungen, die dazu berechtigen, von recht kräftiger Korruption zu reden, werden von der Presse über Vorgänge bei der Sammlung von Unterschriften für die Volksabstimmung über die Kranken- und Unfallversicherung veröffentlicht. Danach sind im Kanton Schaffhausen förmlich auf amtlichem Wege in der Weise Unterschriften gesammelt worden, daß der Sekretär des Obergerichts dessen Diener von Dorf zu Dorf zu den Gemeindevorstern schickte, um sie zur Unterschriftensammlung zu veranlassen; für jede Unterschrift wurden 4 Cents bezahlt und es kamen denn auch 4000 derselben in diesem Kanton zusammen. Aber wie so kam der Ober-Gerichtsschreiber zu seiner sonderbaren Rolle? Der Mann besorgt neben seinen amtlichen Obliegenheiten auch noch diejenigen eines Generalagenten der Unfallversicherungs-Gesellschaft in Zürich, die natürlich an der Bekämpfung und Verwertung der staatlichen Unfallversicherung das größte Geschäftsinteresse hat. Die dabei die Unterschriften-sammlung arrangierte und bezahlte, wobei jeder der Funktionäre etwas profitierte. Der Herr Ober-Gerichtsschreiber soll 10 Cents für jede Unterschrift erhalten und 6 Cents davon dem Obergerichtsdiener gegeben haben, der seinerseits die Gemeindevorsteher mit 4 Cents honorierte. — Im Kanton Luzern spielte sich der gleiche Vorgang ab. Auch hier ist der Obergerichtsschreiber Generalagent der Unfallversicherungs-Gesellschaft und auch hier wurden in gleicher Weise wie in Schaffhausen Unterschriften gesammelt, aber für jede derselben 20 Cents bezahlt. Es ist sehr auffallend, daß diese Unfallversicherungs-Gesellschaft überall Ober-Gerichtsschreibe als Generalagenten engagiert, die so gewissermaßen die Delegierten der Aktionäre in den höchsten kantonalen Gerichtsbehörden sind. Das scheint uns aber Korruption zu sein.

Das Centralkomitee des schweizerischen Katholikenvereins hat beschloffen, seinen Mitgliedern und Genossenschaftsgenossen die Annahme des Versicherungsgesetzes zu empfehlen und dafür eine lebhafte Agitation zu entfalten. Diese Beschlüsse bedeuten eine erhebliche Verstärkung der Aussichten für die Annahme des Gesetzes in der Volksabstimmung. —

#### Frankreich.

**Noch einmal die Bombe.** Paris, 9. Februar. Außer dem Attentat gegen Paul de Cassagnac ist, wie nachträglich mitgeteilt wird, noch ein zweites Attentatversuch vor einigen Tagen in der Nähe der Centralhalle verübt worden, der ebenfalls rechtzeitig von einem Polizei-Agenten bemerkt wurde. Die Polizeipräfektur beschloß, zur Verhütung der öffentlichen Meinung die Angelegenheit geheim zu halten. — Es geht nichts über gute Polizeiangen! —

#### Rußland.

**Finnisches.** „Higans Bureau“ meldet aus Helsingfors vom 8. d. M.: Von der Ritterschaft, dem Adel und dem Bürgerstande wurde heute eine Petition abgegeben, in welcher der Kaiser gebeten wird, solche Veränderungen in der gegenwärtig in Kraft befindlichen Prekveordnung vorzunehmen, daß das Recht, periodische Zeitschriften herauszugeben, dem Herausgeber weder zeitweilig noch für immer genommen werden könne, ohne vorhergehende Unterzeichnung und Verurteilung durch einen Gerichtshof. —

#### Türkei.

**Der Sultan und Areta.** Athen, 8. Februar. Der Korrespondent der „Astr“ in Consta meldet, der Sultan habe erklärt, er

wäre bereit, den Prinzen Georg als Gouverneur des autonomen Areta anzuerkennen, wenn derselbe nach Konstantinopel käme, um den Sultan als Suzerän zu begrüßen. Prinz Georg, in dieser Frage foudroyiert, äußerte sich dahin, er könne vor Erlofen seines dreijährigen Mandats nichts unternehmen, es sei denn, daß die Mächte, die an der Regelung der kretensischen Verhältnisse mitwirkten, wollten, daß sein Mandat von nun an dauernd sein solle.

Konstantinopel, 8. Februar. Die jüngst unter der Beschuldigung der Ermordung mehrerer Griechen in verschiedenen Orten Mazedoniens verhafteten 36 Bulgaren sind infolge eines Telegramms, welches seitens der Franzosen und der Verbündeten an den Sultan gerichtet wurde, wieder freigelassen worden.

Afien.

Aufstand in China. Aus Hongkong wird gemeldet: In Swatow ist ein erneuter Aufstand ausgebrochen. Da die dortigen Behörden nicht im Stande sind, ihn zu bekämpfen, hat der Botschafter Truppen und ein Kanonenboot nach Swatow geschickt mit Beamten, welche ermächtigt sind, die Aufständigen zu töten.

Afrika.

Englische Schwierigkeiten in Ägypten. Kürzlich wurde bereits berichtet von Unruhen unter dem ägyptischen Militär. Daily Mail meldet jetzt weiter aus Kairo: Das vierzehnte schwarze Bataillon weigert sich noch immer, seine Munition zurückzugeben. Die jüngeren ägyptischen Offiziere wiegeln die Truppen zur Insubordination auf; sie werden vor ein Kriegsgericht gestellt. Sollte das Ergebnis der Verhandlungen die Lage ernst gestalten, so dürften strenge Maßnahmen ergriffen werden. Lord Cromer besprach mit dem Cheive die Lage.

In der Budgetkommission des Reichstags

begann am Freitag die Beratung des Militäretats. Beim ersten Ziel der Ausgaben, Gehalt des Kriegeministers, 36.000 M., spricht der Referent Graf Noon den Wunsch aus, daß statistisch festgestellt werde, wie sich die Armee aus den ländlichen und aus den städtischen Bezirken rekrutiere. Der Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium, Generalleutnant von der Voel, weist auf die große Schwierigkeit hin, die die Aufstellung einer solchen Statistik mache, wenn sie zuverlässig sein sollte. Der bayerische Bevollmächtigte, Generalmajor Herr Reichlin von Waldegg verweist darauf, daß man in Bayern einem bezüglichen Wunsch der Kammer nachgegeben sei. Die Arbeit sei sehr schwierig durchzuführen. Abg. v. Kardoff legt großen Wert darauf, klarzustellen, in welcher Weise sich die Armee aus Land und Stadt rekrutiert. Am ein Beispiel herauszugreifen, so habe Berlin einen inwendlich geringeren Prozentsatz an Rekruten gestellt als Ostpreußen. Das stelle eine ungerechte Ueberlastung einer landwirtschaftlichen Provinz dar. Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) wünscht eine sachliche Klarstellung auf Grund erschöpfender Erhebungen. Abg. Singer hält auch eine solche Statistik für wünschenswert. Diese Arbeit würde dem Reichsamt des Innern zugewiesen sein. Dr. Müller-Sagan bringt sodann die von einer Geschäftsfirma geplante Massenbewirtschaftung der Militärantennen zur Sprache und erklärt sich gegen die Konzentrierung des Antennenbetriebs und für lokale Vergebung desselben. Der Vertreter des Kriegsministers erklärt, die Militärverwaltung habe im Allgemeinen mit den Antennen nichts zu thun. Verantwortlich dafür sei stets der Regimentskommandeur. Der Fiskus erhalte weder den Ueberstand von Antennen, noch bede er event. Defizits. Was den vom Abg. Müller erwähnten Fall der Großfirma betreffe, so sei die Untersuchung darüber noch nicht abgeschlossen.

Abg. Speck (C.) bringt den Fall des Majors Deinling zur Sprache, der am Grabe eines im Duell gefallenen Offiziers den Zweikampf verteidigt habe. Ferner berührt Redner den Fall des Arztes Dr. Kast, der den Abschied aus dem Militärverhältnis erhalten habe, weil er sich nicht schlagen wollte. Kriegsminister v. Goltz: Die Rede des Majors Deinling sei seitens seiner Vorgesetzten gerügt worden. Zu erklären sei sie vielleicht dadurch, daß der Goltz sich gegen das Duell ausgesprochen habe. Im Falle des Dr. Kast könne noch keine genaue Auskunft gegeben werden, da die Akten nicht zur Stelle seien. Sozialer Minister wisse, handle es sich um Streitigkeiten zwischen zwei Ärzten wegen Konkurrenz in der Praxis, die zu unerwünschten Nebenwirkungen geführt haben, die so beizufügen waren, daß einer ausscheiden mußte. Sobald die Akten eingegangen, werde genauere Auskunft gegeben werden. Das Gehalt des Ministers wird darauf bewilligt. Die Fortsetzung der Verhandlung wird auf Dienstag vertagt.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß gestern, die Wahlen der Abgeordneten Dr. Galle (nat.) Leipzig-Stadt und Graf Magnis (Centrum) Reichenbach-Neurode für gültig zu erklären.

Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Aus Wien wird uns vom 8. Februar geschrieben: Die Verhandlungen in Ostrau-Karwin wurden gestern vor dem Einigungsamt in Leoben fortgesetzt, aber irgend ein Resultat haben sie nicht gebracht. Wie schon telegraphisch kurz berichtet, gaben die Arbeiter eine Erklärung ab, in der sie das sogenannte Zugeständnis in der Frage der Arbeitszeit: die platonische Bereitwilligkeit der Regierung, an den Vorbereitungen zu einem Gesetz mitzuwirken, als durchaus ungenügend bezeichneten. Der „gute Wille“ der Regierung allein könne nicht genügen, um die 30.000 Arbeiter des Ostrau-Karwiner Reviers, die seit Wochen im Kampfe für den Achtstundentag stehen, zur Vertagung ihrer wichtigsten und dringendsten Forderung zu bewegen, umsonst, als sich die Regierung gar nicht verpflichtet, im Parlament eine Vorlage über den Achtstundentag im Vergleich einzubringen und mit allem Nachdruck deren Gesetzgebung zu fördern. Die Erklärung der Regierung, antworteten die Arbeiter, könne nur einer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse entspringen sein, und deshalb sei es notwendig, sie von den Arbeitern unmittelbar beurteilen zu lassen. Auf Ersuchen der Arbeiterdelegierten wurden also die weiteren Verhandlungen des Einigungsamts bis Freitag nachmittag vertagt und heute werden im Revier dreißig Vollversammlungen abgehalten, die den Zweck haben, festzustellen, wie die Arbeiter selbst über die Vertagung ihrer wichtigsten Forderung denken. So weit die Berichte in diesem Augenblick reichen, ist in allen Versammlungen eine unzweideutig abschließende Stimmung zum Ausdruck gekommen. Die Arbeiter verlangen, wenn schon die Achtstundentag nicht sofort gewährt wird, wenigstens eine präzisere Stellungnahme der Regierung. Sie wollen wenigstens ein genaues Versprechen, können sich aber nicht mit einer nebulösen Verweisung auf unbestimmte Zeit abspeisen lassen. Freiherr v. Elvert, der Vorsitzende des Einigungsamts, ist heute in Wien eingetroffen, um mit dem Ministerpräsidenten zu konferieren. Es waltet das Bestreben ob, Herrn v. Körber zu einem deutlichen Engagement für den geistlichen Achtstundentag zu bewegen; ob es glücken wird, den zauderhaften, unentschlossenen Menschen so weit zu bringen, ist freilich nicht wahrscheinlich.

Die Gewerke haben ihre Konzeptionen noch nicht genau bekanntgegeben, aber sie haben gestern erklärt, außer den bisher zugeordneten Konzeptionen eine weitere Lohnerhöhung zu gewahren und anstatt der bisherigen einmaligen Fortschrittszahlung eine zweimalige im Monat eintreten zu lassen. Da die erste Lohnerhöhung fünf Prozent war und die weitere, wie es heißt, sieben Prozent betragen soll, so würde im ganzen eine zwölfprozentige Lohnerhöhung ausfallen. Neben dem erklären die Unternehmer ihre Bereitwilligkeit, die Frage der Bedingungen einer eingehenden Erörterung zu unter-

ziehen und ein Mittel zu finden, damit den betreffenden Beschwerden der Arbeiterschaft abgeholfen werde“, womit eine der ältesten Klagen der Arbeiterschaft aus der Welt geschloffen werden könnte. Die Arbeiter werden nun zu erwägen haben, ob diese nicht unbedeutenden Konzessionen in Verbindung mit der Erklärung der Regierung sie bestimmen können, die Forderung der Achtstundentag zu vertagen. Es ist wahrscheinlich, daß die Arbeiterschaft die Konzeptionen nicht als eine entsprechende Abschlagszahlung ansehen würde, aber es ist nicht wahrscheinlich, daß die Gewerke in diesem Punkte überhaupt Zugeständnisse machen werden. Die Lage ist also so, daß es nicht ganz ausgeschlossen ist, daß Freitag eine Einigung zu Stande kommt, die den Streik in unserm Reviere beendet, daß es aber auch möglich ist, daß der Streik auch noch nächste Woche ungemindert andauern werde.

Von den böhmischen Revieren ist noch immer nichts anderes zu melden, als daß die Behörden eine wahre Orgie von Gesetzesverletzungen aufführen. In ganz Nordböhmen herrscht heute ein ausgeprägter Ausnahmezustand. Eine Versammlung abzuhalten, ist heute einfach unmöglich geworden. Da über Vereinsversammlungen die Behörde kein Verbotrecht besitzt, so löst sie einfach die Vereine auf. So sind gestern zwei politische Arbeitervereine, in Leptitz und in Brüg, sistiert worden, und das aus keinem anderen Grunde, als weil der Vorsitzende in einer Versammlung einer angeblich ungesetzlichen Aeußerung eines Redners nicht „entgegengetreten“ war! Derselbe Nichtstunsgelächter begehrt eine Verwaltung, deren oberster Chef vor 14 Tagen die Zeitung gegeben hat, daß die Behörden vor allem strengstens die Befehle zu beobachten haben! Ja, Oestreich bleibt unser Halbaffen!

Wien, 9. Februar. (Per Telephon dem „Vorwärts“ mitgeteilt): Das Einigungsamt für das Ostrauer Gebiet trat heute in Leoben zusammen. Der Vorsitzende d. Elvert gab im Auftrage der Regierung folgende Erklärung ab: Die Regierung wird mit möglichster Beschleunigung, wahrscheinlich in der nächsten Herbstsession dem Reichsrat einen Gesetzentwurf betreffend die Regelung bezw. die angemessene Verlängerung der Schichtdauer im Bergbau vorlegen und vertreten. Um die nötigen Unterlagen für den Gesetzentwurf zu gewinnen, soll Anfang März die Kommission, die aus Unternehmern, Arbeitern und Regierungsvertretern besteht, zusammen-treten.

Den Interessenten soll Gelegenheit gegeben werden, vor der Kommission ihre Gutachten abzugeben.

Die Arbeiter erklärten nach kurzer Beratung, daß die präcise Fassung der Regierungserklärung wohl anzuerkennen sei, sie appellierten aber una erst recht an die Gerechtigkeit der Gewerke, schon jetzt Zugeständnisse in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu machen.

Die Gewerke hingegen erwiderten, daß angesichts der Regierungserklärung jede weitere Verhandlung überflüssig sei; sie würden das Gesetz abwarten. — Inzwischen ist es möglich, daß doch noch eine Verständigung herbeigeführt wird.

Das Einigungsamt für Steiermark tritt morgen zusammen. Wird eine Einigung nicht herbeigeführt, so soll unverzüglich der Streik beginnen.

Partei-Nachrichten.

Der 10. heftige Provinzial-Vorparatung fand dieser Tage in Pelmarschhausen statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Agitation und Organisation. 3. Bericht über die Presse. 4. Gemeinde-Ergänzungswohnen. 5. Allgemeine Anträge der Delegierten. Aus dem Bericht der Agitationskommission entnehmen wir, daß die Einnahme 2742,77 M., die Ausgabe 2766,03 M. beträgt, so daß ein Defizit von 43,26 M. entstand. Es wurden 43.000 Kalender gratis an die heftige Landbevölkerung verteilt und gern entgegengenommen. Bezüglich der Agitation hält man es für nötig, das Schwergewicht auf die Verbreitung des Wochenblatts „Beweis“ zu legen. Auch das Vertrauensmännertum müsse mehr als bisher ausgebaut werden. Angeregt wird auch die Beschaffung von Fahrrädern und Taschen für die Landagitation und ein diesbezüglicher Antrag der Agitationskommission zur Berücksichtigung überwiegen. Bezüglich der Presse wird mitgeteilt, daß die Geschäftsstelle eine befriedigende sei. Das in Basel erscheinende „Volkblatt“ soll vom 1. März ab statt bisher zwei, wöchentlich drei Beilagen erhalten, das Wochenblatt „Beweis“ ein neues, geistreicheres Aitelblatt; auch sein Inhalt soll mehr der Denkwelt der ländlichen Bevölkerung angepaßt werden. Schließlich wurde noch ein Landgemeinde-Wahlprogramm durchberaten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung des Vorsitzenden des deutsch-nationalen Handlungsgesellen-Verbandes in Hamburg ist der Genosse Georg Haase in Dresden zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Verleumdung wurde gefunden in einer Artikel, die der Verurteilte in einer öffentlichen Versammlung der Handlungsgesellen in Dresden an der journalistischen Tätigkeit des Klägers übte.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt Herr Paul Hirsch einen Vortrag über das Thema: Der Anteil des weiblichen Geschlechts an der Kriminalität. Der Referent erläuterte einleitend den Unterschied der Lehre vom socialen Milieu und der Lehre der Kriminal-Anthropologen. Wie wenig schließlich diese letztere Theorie sei, das ergebe sich u. a. auch aus einer Betrachtung des Anteils des weiblichen Geschlechts an der Kriminalität. In allen Kulturstaaten begehre die Frau weit weniger Verbrechen als der Mann. Die Zahl der Verbrecherinnen steige da, wo die Frau gezwungen sei, außerhalb des Hauses ihren Erwerb nachzugehen, während umgekehrt da, wo die weibliche Bildung auf sehr niedriger Stufe stehe und die Frauen ein durchaus häusliches Leben führen, ihr Anteil am Verbrechertum sehr gering sei, zum Beispiel in Spanien und Italien. Ein anderer Grund dafür, daß die Frau weniger Verbrechen begeht als der Mann, sei darin zu suchen, daß ihr in der Prostitution ein Ersatz dafür geboten sei. So erkläre es sich, daß mit der Zunahme der industriellen Frauenarbeit sowohl die Prostitution als auch der Anteil des weiblichen Geschlechts am Verbrechen zunähme. Sei 1882 sei die Kriminalität der Männer um 18 Proz. die der Frauen um 6 Proz. gestiegen. Je nach der Art der einzelnen Verbrechen sei die Beteiligung der Frauen daran verschieden, eine kleine Zahl von Verbrechen, z. B. Verbrechen gegen das kindliche Leben und doppelte, werde hauptsächlich von den Frauen verübt. Die verheirateten Frauen haben eine höhere Kriminalität als die ledigen; hingegen übe die Ehe auf die Kriminalität des Mannes einen günstigen Einfluß aus. Redner bewies diese Erscheinung an der Hand der Kriminalstatistik, erläuterte die einzelnen Kategorien von Verbrechen und schilderte die socialen Ursachen derselben. Da im wesentlichen schlechte wirtschaftliche Verhältnisse den Nährboden für Verbrechen bilden, so erwache für den, der die Verbrechen beseitigen wolle, die Aufgabe, die sociale Lage der Arbeiter zu bessern. Die Arbeiterklasse habe eine wichtige Kultur Aufgabe zu erfüllen, an deren Lösung auch die Arbeiterfrau noch Kräften beizutragen habe.

Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage wurden mehrere Vereinsangelegenheiten erledigt. Die nächste Versammlung findet am 19. Februar statt. Im ersten Stiftungsfest ist am 11. März; Willets zu demselben sind zu erhalten bei Frau Giese, Ewinge-münderstraße 103 v. IV; Frau Pangeram, Poppel-Allee 128 I; Frau Klotz, Koppentstraße 81; Frau Müller, Wienerstraße 30 II.

Von den Hindernissen, die der Staat der Sozialreform dem Koalitionsrecht und der Organisationspflicht der Arbeiter in den Weg legt, hat man in bürgerlichen Kreisen nur selten eine Ahnung. Vielleicht hört der folgende Fall manche Leute darüber auf, warum es für die deutschen Arbeiter ein Ding der Unmöglichkeit ist, diesem Staate das Vertrauen entgegen zu bringen, das bürgerliche Ideologen so schmerzlich an ihnen vermiffen.

Es handelt sich natürlich wieder um eine Anwendung des Vereinsgesetzes gegen solche Arbeiter, die ihrer Organisationspflicht genügen wollten.

In Frankfurt am Main existierte früher eine Filiale des Verbandes der Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands (Sig. Hannover), die als Zahlstelle bezeichnet wurde. Nach ihrer Auflösung gab es in Frankfurt nur noch Einzelmitglieder des genannten Verbandes, die miteinander keinen Sonderverein mehr bildeten. Die Polizei sah aber in den öfter stattfindenden öffentlichen Versammlungen der Frankfurter Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter Versammlungen eines selbständigen und noch dazu politischen Vereins und erklärte den in öffentlichen Versammlung gewählten Vertrauensmann Thoma für den Vorsteher des Vereins. Die Folge dieses polizeilichen Ausschusses war eine Anklage gegen Thoma wegen Uebertretung der §§ 2 und 8 des Vereinsgesetzes. Wo die Polizei einen Verein entdeckt hatte, da hatte sie überhaupt keinen gesehen und so selbstverständlich der Polizei auch kein Mitgliedsverzeichnis gemäß § 2 einreichen können. Es war ihm unter diesen Umständen natürlich auch nicht eingefallen, die weiblichen Einzelmitglieder des Verbandes zu Hannover von den öffentlichen Versammlungen in Frankfurt fernzuhalten. Dafür sollte er nun büßen. Das Landgericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe und führte in seiner Begründung u. a. aus: Die von Thoma öfter eintretenden Versammlungen würden zwar als öffentliche bezeichnet, tatsächlich seien sie aber als Versammlungen eines selbständigen Vereins anzusehen, der an Stelle der aufgelösten Zahlstelle getreten sei. Denn in den Versammlungen traten dieselben Redner auf, wie früher in den Versammlungen der Zahlstelle, und der Vertrauensmann, der die Versammlungen einberufe, nehme die Beiträge der Verbandsmitglieder entgegen und übermittle sie dem Verbandsvorstande in Hannover. Für die Existenz eines selbständigen Vereins in Frankfurt spreche noch ganz besonders, daß der Central-Vorstand in Hannover dem Vertrauensmann Thoma zur Verwendung in Frankfurt 33 1/2 Prozent der am Orte vereinnahmten Verbands-Mitgliedsbeiträge überlasse. Thoma müsse als Vorsteher dieses neuen Frankfurter Zweigvereins (Zahlstelle) des Centralverbandes betrachtet werden. Aus den in den Versammlungen behandelten Gegenständen und gepflogenen Verhandlungen sei zu entnehmen, daß es sich um einen politischen Ortsverein handle. Da nach Lage der Sache zu seinen Mitgliedern die weiblichen Mitglieder des Verbands gehörten — sie hätten gleichfalls Beiträge an Thoma abgeführt und den Versammlungen beigewohnt —, so habe sich T. gegen den § 8 verangen, wonach Frauen in politischen Vereinen nicht als Mitglieder aufgenommen werden dürfen. Auch habe der Angeklagte den § 2 übertreten, weil politische Vereine stets Vereine seien, die auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezweckten. T. hätte es deshalb nicht unterlassen dürfen, das Mitglieder-Verzeichnis der Orts-Polizeibehörde einzureichen. — T. sucht das landgerichtliche Urteil mit dem Rechtsmittel der Revision an und machte vor allem geltend, daß der Begriff des selbständigen Vereins falsch aufgefaßt worden sei. In Frankfurt a. M. gebe es überhaupt keinen besonderen Verein der Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter mehr seit der Auflösung der ehemaligen Verbands-Zahlstelle und er habe lediglich als Vertrauensperson der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen gehandelt. Darum seien auch alle Annahmen der Behörden und Gerichte, die irrtümlich mit der Existenz eines selbständigen Ortsvereins der fraglichen Arbeiter und Arbeiterinnen rechneten, absolut hinfällig. Der Strafsenat des Kammergerichts verwurfs jedoch die Revision mit der Begründung, daß das Landgericht durchaus richtig geurteilt habe. Insbesondere habe es mit Recht das Vorhandensein eines selbständigen Lokalvereins angenommen.

Im Verleumdungsprozeß des Amtmanns Ring auf Döppel gegen den Schriftsteller Gehlsen hat jetzt das Kammergericht das letzte Wort gesprochen. Bei der Reichstagswahl im Kreise Teltow-Weeslow hatte sich die sociale Reformpartei den Kaufmann Fröhlich zu ihrem Kandidaten erkoren. Die Führer glaubten, die Stimmen aller konservativen Elemente des Kreises seien Herrn Fröhlich sicher. Sie wurden deshalb bitterböse, als dann noch der Superintendent Vorberg als kirchlich-konservativer Kandidat aufgestellt wurde. Es kam zu allerlei Reibereien, wobei sich die feindlichen christlichen Feinde keineswegs schonten. Die „socialen Reformer“ liehen ihren Kerner besonders an dem Amtmann Ring aus, jenem bekannten radikalen Agrarier und heftigen Sozialisten, der als einer der Vertreter des Kreises Teltow in der Landratskammer sitzt. Herr Ring galt ihnen nämlich als Urheber der Kandidatur Vorberg. Schneidig wie immer, forderte Ring einen seiner Widersacher, den Hauptmann Harter, sogar zum Zweikampf. Der Schriftsteller Gehlsen nahm in seinem Blatt ebenfalls zu der Angelegenheit Stellung. Er behandelte sie in einem Artikel: „Ein Ehrenhandel“ und warf darin Herrn Ring vor, er habe die Wähler in der nachgehenden Versammlung durch Verleumdungen der Kandidatur Fröhlich irreführt und getäuscht. Ring verklagte ihn darauf wegen Verleumdung und erzielte auch, daß Gehlsen zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt wurde. Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision gestern zurück.

Die Tapezierer Richter und Riedel hatten sich am 9. d. M. vor dem Schöffengericht wegen Streikposten stehen 3 zu verantworten. Die beiden Angeklagten sollten sich auf die Auforderung des Schömanns weiter zu gehen, nicht entfernt haben. Die Beweisaufnahme ergab folgendes: Als die Angeklagten, die dem Schömann als Streikende bekannt waren, die Prinzessinnenstraße entlang gingen, erging an sie das Verbot, diese Straße zu verlassen. Beide Angeklagte wollten nun in das gegenüberliegende Lokal von Birsing gehen, konnten jedoch wegen Glattschneides und da vor dem Birsingischen Restaurant eine Reihe von Pferdeabfuhrwagen hielten, nicht direkt hinüber gehen. Sie mußten vielmehr zunächst noch auf derselben Straßenseite ein Stück weitergehen. In dem Augenblick, wo sie das Birsingische Lokal betreten wollten, wurden sie sofort sistiert. Die Frage des Vorsitzenden, ob das Verhalten der Angeklagten die Anse, Sicherheit, Reinlichkeit, Ordnung oder Bequemlichkeit auf der Straße gestört hat, mußte der Schömann selbst verneinen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von je 10 M. gegen jeden der Angeklagten. Der Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Heine mann, wies darauf hin, daß vorliegend auch nicht ein Minimal des gesetzlichen Thatbestandes gegeben sei. Der Fall sei einer der krafftesten, der jemals vorgekommen sei, und es rechtfertige sich, hier nicht nur die Freisprechung der Angeklagten auszusprechen, sondern auch die Kosten der Verurteilung der Staatskasse zur Last zu legen, da die Angeklagten durch ihr Verhalten nicht den geringsten Grund zur Erhebung der Anklage gegeben hätten. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen mit der folgenden, sehr interessanten Begründung an: Das Strafenpolizeireglement fordert „unbedingten“ Gehorsam gegen die Befehle der Aufsichtsbeamten. Dieses Wort finde sich sonst in keinem andern Gesetze. Ist dies aber der Fall, so müssen die gesetzlichen Thatbestandsmerkmale besonders streng ausgelegt werden. Es muß eine wirkliche Störung der Ruhe und Ordnung auf den Straßen vorliegen. Sonst sei die Aufforderung der Aufsichtsbeamten an die Passanten, sich zu entfernen, nicht berechtigt. Die Möglichkeit, daß Unruhe durch das Verhalten der Streikenden ausbrechen könne, reiche nicht aus. Sonst könnte ein

Beamter auch bei eintretender Dunkelheit den Eintritt in den Tiergarten verbieten. Dem die Möglichkeit, daß Unfug verübt werden könne, liege auch hier vor. Auch könnte man sonst dahin kommen, das Betreten der Straßen von halb Berlin zu untersagen. Im vorliegenden Fall ist es nicht gerechtfertigt gewesen, die ruhig ihres Weges gehenden Angestellten zum Weitergehen aufzufordern. Noch viel weniger könne es als zulässig erachtet werden, die ganze Prinzessinnenstraße den Streikenden zu verbieten. Dieses Verbot gehe weit über das Ziel hinaus. Endlich aber haben sogar die Angeklagten der Aufforderung Folge geleistet und sind in die Restauration gegangen. Deshalb müßten die Angeklagten freigesprochen und auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt werden.

**Vom Polizeikampf gegen Streikposten.** Der Arbeiter Westphal hatte sich am 8. Februar d. J. vor dem Schöffengericht wegen großen Unfugs zu verantworten. Derselbe wurde darin gefunden, daß Westphal am 9. November 1899 vor dem Hause Beberstr. 7 bei Gelegenheit einer Arbeitseinstellung dadurch großen Unfug verübt hat, daß er dort als Streikposten stand und Arbeit suchenden Personen Winke und Zeichen gab. Der als Zeuge vernommene Schumann behauptete, daß Westphal, der in der Thür eines Restaurants stand, etwa eine Stunde lang Winke gab und Handbewegungen machte. Der Gerichtshof kam in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Staatsanwalts und des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Heinemann, zur Freisprechung des Angeklagten, da großer Unfug nur verübt werden könne, wenn das Publikum in seiner Allgemeinheit beeinträchtigt werde. Diese Voraussetzung aber liege nicht vor. Es erübrigt sich daher, auf den vom Angeklagten angetretenen Entlastungsbeweis einzugehen.

**Prozess Arnim und Genossen.** Die gestrigen Verhandlungen vor der Strafkammer Stettin wurden durch die Vernehmung des Angeklagten Uhsadel ausgefüllt. Angelegenheiten von besonderem Interesse kamen nicht zur Erörterung. Als Sachverständiger erklärte der gerichtliche Wäckerrevisor Heß, es seien in der Durchführung einige Mängel zu verzeichnen gewesen. Die zum Geschäftsverkehr nötigen Bücher seien ordnungsmäßig geführt worden. Zu rügen sei es, daß die Kasse bis über das Ende des Geschäftsjahrs geführt wurde. Für den Dezember 1899 seien Wechselbeträge von 92 31 M. als eingegangen gebucht worden, während diese Beträge weder im Dezember 1899 noch im Januar 1900 eingegangen waren. Im Januar 1894 seien die Wechsel nur gegen neue umgetauscht worden. Es sei dies geschehen, um den Kassenbestand nach außen hin künstlich zu erhöhen und den Vermögensverfall der Gesellschaft zu verdecken.

**Im Elberfelder Militärbesetzung-Prozess** ist der auf den 15. d. M. anberaumte Verhandlungstermin wegen plötzlich eingetretener schwerer Krankheit eines der Hauptangeklagten, des 61 Jahre alten Cigarettenagenten Strußberg in Köln, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Mehrere der Angeklagten sind bis zum Beginn der Verhandlung auf freien Fuß gesetzt worden.

## Bewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Die Sattler bei der Firma Bender, Berlin, Alexandrinenstr. 25,** befinden sich nicht in Lohnstreitigkeit, wie uns die Firma laut einer Verächtigung mitteilt. Auch besteht nicht die Absicht, in Breslau und Leipzig Arbeiter anzuwerben.

Die Angaben der Firma sind insofern richtig, als thatsächlich Lohn Differenzen nicht vorhanden sind, wohl aber Differenzen wegen fortgesetzter Entlassung der seiner Zeit am Streik beteiligten Arbeiter. Die Agitationskommission der Sattler bittet deshalb den Zugang fernzuhalten.

### Deutsches Reich.

**Zwangsbinnungen.** In Hamburg hat sich die Buchbinder-Zwangsbinnung durch einstimmigen Beschluß aufgelöst. Auch in Osh an der holländischen Grenze können sich die Handwerker nicht mit den Innungen befreunden. Denn von 43 Schuhmachermeister stimmten 38 für Auflösung der seit dem 1. Januar 1899 bestehenden Zwangsbinnung.

**Zu unliebsamen Konflikten** kam es am 5. Februar in einer von 1000 Webern besuchten Versammlung in M. Gladbach. Bei Eröffnung der Versammlung kam es zu einigen Differenzen über die Bureauwahl, worauf der überwachende Beamte wegen der großen Unruhe die Versammlung auflöste.

Während nun die Socialdemokraten an derartige Sachen gewöhnt sind und sich enstern, seyen die Christlichen und Indifferenten die Auseinandersetzungen auf der Strafe fort. Bei dieser Gelegenheit sollen die Beamten mit Steinen und Biergläsern beworfen worden sein. Die Beamten griffen mit blanker Waffe ein und verhafteten mehrere Personen. Die Erregung der Leute ist darauf zurückzuführen, daß die christlichen Führer den streikenden Webern von Hartmann und Deußen einen Vergleich aufgezwungen hatten, von dem die Wehrzahl der Streikenden nichts wissen wollte. Es wurde ihnen aber einfach erklärt, geht ihr auf den Vergleich nicht ein, so erhaltet ihr keine Unterstützung mehr. Ueber diese Dinge sollte mit den Führern in der Versammlung abgerechnet werden.

**Bei der Firma Goldmann, Seidenweberei in Kupferdreh,** streiken seit dem 30. Januar sämtliche Weber; nur Kinder und weibliche Hilfsarbeiterinnen sind nicht ausständig. Es sind nur 4 Webstühle im Betrieb. In den nächsten Tagen wird der Betrieb fast ganz stillgelegt werden müssen, weil die Lager leer sind und die 4 Webstühle für die circa fünfshundert noch beschäftigten Personen nicht genug Material schaffen können. Der Fabrikant giebt aber den Versuch, die Organisation der Weber zu sprengen, nicht auf. Der Lohnkommission wies er einfach die Thür und verlangte von den Arbeitern, die daraufhin den Versuch machten, einzeln zu verhandeln, die schriftliche Erklärung ihres Austritts aus der Organisation. Auf diese Weise ließ sich aber kein Arbeitswilliger finden. Am sollen die Ausständigenden zum Teil beschuldlich auf Pflaster geworfen werden. Herr Goldmann pachtete von einer größeren Zahl Hausbesitzer sämtliche Häuser. Seinen ausständigenden Arbeitern, die in diesen Häusern Wohnungen haben, hat er dieselben nun durch den Gerichtsvollzieher zum 1. März kündigen lassen. Das ist wahr, Herr Goldmann sorgt dafür, daß auch dem Wüßtesten die Augen über den Wert der sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen aufgehen. In diesem Kampfe hat er die verschiedenen „wohlthätigen“ Einrichtungen rücksichtslos benutzt, um die Arbeiter fire zu machen. Glücklicherweise hinderte ihn bisher die Organisation, einen Erfolg zu erzielen.

**Die Herner Unruhen** fordern immer noch ihre Opfer. Am 7. Februar standen 5 Bergarbeiter vor dem dortigen Landgericht, welche beschuldigt waren, in der Nacht zum 27. Juni v. J. an einem Gebäude auf Reche „Friedrich der Große“ eine Anzahl Fensterscheiben eingeschleudert zu haben. M. Rowalowski, der auch noch einen Arbeitswilligen mit einem Stein geworfen, erhielt 8 Monate Gefängnis, J. Aniech und Scalgski kamen mit 2 Monaten, Chr. Kosoloda und J. Percikowski mit 3 Monaten davon. Es sind nun insgesammt wegen der Herner Unruhen gegen mehr denn 40 Angestellte auf ca. 30 Jahre Gefängnis erkannt worden.

**Bei der Gewerbegerichts Wahl in Breslau** gelangte die Liste des Gewerkschaftsartikels nahezu einstimmig zur Annahme. Bemerkenswert ist, daß von den katholischen und evangelischen Arbeitervereinen, die in Breslau 6000 Mitglieder zählen, kein Versuch unternommen wurde, sich an der Wahl zu beteiligen.

**In Düsseldorf** befinden sich bei der Firma Westmann u. Ebers 80 Klempner, Pianiker, Drücker, Maler und Bremser seit dem 20. Januar im Ausstände. Die Arbeiter der betreffenden Firmen stellen folgende Forderungen: Einstellung sämtlicher am Ausstände beteiligten Arbeiter ohne Ausnahme. Anerkennung der Organisation seitens der Firma. Wiedereinführung des alten

Accordtarifs bei den Pianikern. Einführung der Strafbestimmungen betreffs des Zuspätkommens, wie dieselben vor dem 6. November 1899 bestanden haben. Mitbestimmungsrecht des Arbeiterausschusses über Verwendung der Strafgeelder. Da die Einigungsversuche unter Leitung des Herrn Dr. Wülfing scheiterten, beschloßen die Ausständigenden, bis zum äussersten auszubarren.

**In Stuttgart** befinden sich die Metallarbeiter der Firma Stolz im Ausstände. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

### Ausland.

**Am dem Streik in Einsiedeln (Schweiz),** der bei der frömmsten katholischen Firma Benziger u. Co., Aktiengesellschaft, ausgebrochen, sind 190 Personen beider Geschlechter und aller Branchen des graphischen Gewerbes beteiligt, während leider ca. 400 weiterarbeiten. Den Anstoß zum Streik gab die Mahregelung von 25 Arbeitern wegen ihrer Ingehörigkeit zur Organisation, die den frommen Herren der Urschweiz nicht weniger verhaßt ist, wie dem König von Sarabien. Die Streikenden stellen folgende Forderungen: Beseitigung der Lohnabzüge bei unverschuldeten oder nicht nachweisbaren Schäden an der Arbeit, menschenwürdige Behandlung seitens der Vorgesetzten, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Anerkennung der Organisation. Die mit frommen Kleide maskierten brutalen Ausbeuter lehnen jede Unterhandlung mit Arbeitervertretern oder neutralen Männern ab. — Der schweizerische Gewerkschaftsbund beabsichtigt, vom Bundesrat die Rückerstattung der Kosten des Zigarettenarbeiterstreiks in Chiasso zu verlangen, da es sich hierbei um die Durchführung des Fabrikgesetzes bzw. einer speziellen Anordnung des Bundesrats betreffend die Lohnzahlung in schweizerischem statt italienischem Gelde handelte.

**Die Zahl der streikenden Glasarbeiter in Charleroi (Belgien)** beläuft sich bereits auf 3000.

**In Antwerpen** sind die Metallarbeiter in den Ausstände getreten. Derselbe ist zwar noch nicht allgemein, doch deutet alles darauf hin, daß auch sämtliche Schiffsarbeiter dem Ausstände beitreten werden.

## Sociales.

**Gefindeverhältnisse.** Der Gutsherrmacher des Guts Tucholohna (Kreis Groß-Strelitz) soll 6 M. Strafe bezahlen, weil er gegen den Inspektor ungehorsam gewesen war. Der Stellmacher bekam Deputat und 140 M. Jahreslohn. Dafür sollte er aber nicht bloß die Stellmacherarbeiten für die Gutswirtschaft anfertigen, zu denen er sich verpflichtet hatte, sondern auch noch Tischlerarbeiten für das „Herrschafthaus“. Diese letzteren nahmen ihm so viel Zeit weg, daß er die Stellmacherarbeiten in der Nacht anfertigen mußte. Als ihm das zu bunt wurde, verweigerte er die weitere Ausführung von Tischlerarbeiten, für die er natürlich keinen besonderen Lohn erhielt, und dafür erhielt er die genannte Strafe subditiert. Das Gut Tucholohna gehört der Familie der Grafen v. Tschirnitz-Renard; es ist u. a. auch durch vierstaltige Gefindewohnungen bekannt.

Und da wissen Sgmula und seinesgleichen immer noch nicht, weshalb „die Leute“ von Oberschlesien abwandern!

## Versammlungen.

**Eine Malerverammlung,** die am Dienstag im Luisenstädtischen Konzerthause stattfand, beschäftigte sich mit der zwischen der Innung und dem Gehilfenauschuss getroffenen Tarifvereinbarung. Wie der Vorsitzende mitteilte, sind über diese Vereinbarung hinsichtlich der Nacht- und Sonntagsarbeit in der vorigen Versammlung irrtümliche Mitteilungen gemacht worden, die auch in den Bericht des „Vorwärts“ übergegangen sind. In Wirklichkeit lautet die Vereinbarung: Malergehilfen erhalten einen Minimalstundenlohn von 50 Pf. für Nachtarbeit wird ein Zuschlag von 50 Proz. gezahlt. Sonntagsarbeit ist, weil gesetzlich nicht zulässig, zu vermeiden. Wo sie ausnahmsweise stattfindet, bleibt der Lohn der freien Vereinbarung überlassen.

Ueber die Frage der Durchführung der Tarifvereinbarung referierte Link. Er führte unter anderem aus: Der Innungsvorstand habe nichts gethan, um den Mitgliedern der Innung von den getroffenen Vereinbarungen Kenntnis zu geben, und so konnten sich verschiedene Meister, die den Tarif umgehen, sich darauf berufen, daß ihnen der Innungsbeschluß nicht bekannt sei. Der Redner führte mehrere Fälle an, wo Arbeitgeber, obgleich sie von den Gehilfen auf die Vereinbarung hingewiesen wurden, dennoch den festgesetzten Lohn nicht zahlen. Es sei von vornherein klar, daß der Tarif nicht durchgeführt werden könne, wenn nicht eine starke Organisation vorhanden sei, welche die allgemeine Innehaltung desselben erzwingen könne. Der Referent empfahl folgende Resolution:

Die Versammelten erkennen an, daß durch die Einführung des Minimal-Stundenlohns von 50 Pf. die schandlichsten Zustände in den Lohnverhältnissen beseitigt werden. Im Interesse einer wirksamen Durchführung der Tarifvereinbarung wird aber verlangt, daß der Vorstand der Berliner Malerinnung die Vereinbarungen sämtlichen Innungsmitgliedern zustellt, und daß die Vereinbarungen in den Werkstätten oder in den Comptoirs, für jedermann sichtbar, ausgehängt werden. Die Gehilfenvertreter im Kuratorium des Arbeitsnachweises werden ersucht, dahin zu wirken, daß die Vereinbarungen auf den Arbeitsstellen des paritätischen Arbeitsnachweises der Berliner Malerinnung gedruckt werden. — Ferner erklärten die Versammelten, daß, um die allgemeine Durchführung der Tarifvereinbarung zu garantieren und sich gegen etwaige auf Umgehung des Tarifs gerichtete Maßnahmen der Meister zu wehren, eine starke Organisation der Arbeitnehmer notwendig ist, und deshalb jeder noch nicht organisierte Kollege sich der Vereinigung deutscher Maler anzuschließen hat. — Weiter beschließt die Versammlung: Jeder arbeitende Kollege hat vom 1. März an jede Woche eine Extramarke zu 25 Pf. für den Streifonds zu kaufen.

In der Diskussion wurde an verschiedenen Beispielen gezeigt, daß der vereinbarte Minimallohn noch nicht überall gezahlt wird. Ein Mitglied des Gehilfenauschusses der Innung bemerkte, die Meister könnten sich nicht darauf berufen, daß ihnen der Beschluß, den Tarif betreffend, nicht bekannt geworden sei, denn in der betreffenden Innungsversammlung seien 400 Meister anwesend gewesen. Ein Redner beklagte sich über den paritätischen Arbeitsnachweis. Jeder Arbeitssuchende müsse bei der Entragung 20 Pf. bezahlen, wofür er aber nicht ein Recht auf Zuweisung von Arbeit erwerbe. Die Arbeit werde auch nicht der Reihe nach, sondern anscheinend nach Günst und Zufall verteilt. — Die Vertreter im Kuratorium versprachen, die Beschwerde zu prüfen und Abhilfe zu schaffen. Nach Schluß der Diskussion wurde die Resolution des Referenten angenommen.

**Die Gewerkschaft der Metallarbeiter** nahm am 5. Februar in einer öffentlichen Versammlung Stellung zu den Mahregelungen der Vertriebsleute bei der Firma Vergmann u. Co. Wiesner geistelte in scharfen Worten die arbeiterfeindliche Handlungsweise der Firma und forderte die Versammelten auf, als Protest gegen derartige rigorose Uebergriffe sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen. In der recht lebhaften Diskussion, an der sich mehrere Redner beteiligten, wurden die Zustände in der Fabrik eingehend besprochen und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen von Vergmann u. Co. erkliden in dem rigorosen Vorgehen der Firma eine Verweigerung ihrer nach dem Gesetz zustehenden Rechte, sie erheben energisch Protest dagegen und erklären, als Antwort auf die Maßnahmen der Firma sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen.“

**Wollersdorf.** Eine glänzend verlaufene Volksversammlung fand hier am letzten Sonntag in dem neuen großen Saale des Herrn Hind statt. Reichstags-Abgeordneter Stadthagen sprach unter großem Beifall über das Thema: „Wohin geht der Kurs?“ In der Debatte sprach zunächst ein Herr Habermann, der unter großer Heiterkeit den Satz ausstellte, die Centrumpartei sei eine bessere Arbeiterpartei als die Socialdemokratie. Die Genossen Karl Müller und Busch widerlegten den Herrn gründlich. Im Schlusswort wandte sich Abgeordneter Stadthagen wider die gegnerischen Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Redner und flüchtete nochmals kurz die Aufgaben der Socialdemokratie.

**Eine Protestversammlung gegen die Flottenvorlage** hielten am Donnerstag auch die Charlottenburger Parteilgenossen ab. Eine große Zahl von Männern und Frauen füllten den Saal der Cambrinusbrauerei bis auf den letzten Platz. Mit lebhaftem Beifall nahmen die Anwesenden den Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow entgegen, der die nebelhafte Weltpolitik der Regierung, die von Geschäftsinteresse eingeleitete Marinewärmerei und Flottenagitation der Kapitalistenklasse in treffender Weise kennzeichnete und unsere ablehnende Haltung gegenüber dieser Art der Weltpolitik eingehend begründete. Freunde der Flottenvorlage meldeten sich nicht zum Wort. Jedenfalls ist den Agitatoren für Deutschlands Wasserherlichkeit durch den Verlauf der Berliner Versammlungen klar geworden, daß sich die Arbeiterschaft nicht einreden läßt, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liegt. Ohne Diskussion wurde die in den Berliner Versammlungen angenommene Resolution auch hier einstimmig angenommen.

## Der südafrikanische Krieg.

Von Buller liegen keine offiziellen Meldungen vor. Die gestern mitgeteilten Nachrichten gingen nur bis Dienstag. Seitdem fehlen wieder alle Nachrichten, und dies deutet darauf hin, daß von einem weiteren Vordringen nichts zu melden ist. Der „Voss. Zig.“ wird vom Freitag aus London telegraphiert, es bestätigte sich, daß Buller am Dienstag keinen weiteren Vorstoß machte und sich damit begnügte, die gewonnenen Stellungen zu behaupten. Mangels neuer Meldungen wird angenommen, daß er schwere Geschütze kommen läßt, um das den weiteren Vormarsch hindernde Kreuzfeuer der schweren Voeregeschütze, wenn möglich, zum Schweigen zu bringen. Die Meinungen über den schließlichen Erfolg Bullers werden etwas pessimistischer.

Die „Times“ sagen, Buller hat nicht nur die von 18 000 oder 20 000 Voeren gehaltenen Linien zu durchbrechen, sondern ihnen dann eine zertrümmernde Niederlage zuzufügen. Falls er sie nicht nach den Draconsbergen treiben oder sie derartig aufreiben kann, daß sie aufhören, für alle praktischen Zwecke eine Streitmacht zu sein, kann der Entschluß von Ladysmith mit Sicherheit kaum vollbracht werden. Eine Drahtung des „Daily Chronicle“ aus Spearmanlager besagt, während des Scheinangriffs an der Potgieterdrift schwebten die britischen Batterien durch ein Schrapnellfeuer auf die Planen vom Spionop eine Zeitlang in Gefahr. Die Kanonen wurden indes zurückgezogen, ehe ihnen ein erster Unfall zustieß.

### Aus dem Voerenlager.

Das „Mentische Bureau“ meldet aus dem Hauptquartier der Voeren vor Ladysmith vom 7. d. Mis.: Die Voeren feuerten gestern auf einen Panzerzug, der sich von Chieveley in der Richtung nach Colenso begab. Der Zug, in welchem sich 2000 Mann befanden, war infolge des Angriffs genötigt, nach Chieveley zurückzukehren. Bei Colenso und am oberen Zugela wird seit heute früh 5 Uhr geschossen.

### Am Modder River

erleiden die Engländer Niederlagen. Macdonald hatte sich am Mittwoch den ganzen Tag über der Angriffe der Voeren auf seine Stellung am Woodooosberg zu erwehren. Die Engländer verloren 60 Mann. General Reithen besah dem General Macdonald, sich nach Modder River zurückzuziehen.

### Von der Grenze des Zululandes.

London, 9. Februar. Der „Standard“ meldet aus Durban vom 8. d. M., daß die Voeren dort eingegangenen Nachrichten zufolge in Randweien an der Grenze des Zululandes große Thätigkeit entwickeln. Eine Abteilung von Freiwilligen mit Artillerie wurde infolge davon dorthin entsandt, um die Wachtposten zu verstärken und dem weiteren Vordringen des Feindes zu begegnen.

Ursprünglich hieß es, daß die Voeren die Linie Erzburg-Randweien besetzt hätten, um sich gegen das Vordringen einer englischen fliegenden Kolonne zu schützen, die vom Zululand aus in das Gebiet von Transvaal einzubringen gedachte. Nach der obigen Drahtung erscheint das Bild verändert: Die Voeren dringen vor und die Engländer müssen Freiwillige an die Grenze des Zululandes schicken, um den Vormarsch der Voeren aufzuhalten.

Kapstadt, 8. Februar. Die fremden Militär-Attachés werden morgen Kapstadt verlassen.

Am New York wird nach Brüssel gemeldet, daß England in Bridgport (Connecticut) 70—80 Schnellfeuergeschütze sowie 350 Projektilen für Geschütze bestellt habe.

### Verbreitete Sympathie-Adressen.

Paris, 9. Februar. Blättermeldungen besagen, die Regierung habe den Polizeipräsidenten befohlen, die Beschlässe über die Sympathie-Adressen an die Voeren, welche von verschiedenen Gemeindebehörden gefaßt wurden, zu annullieren, da dieselben eine Neutralitätsverletzung bedeuten.

### Letzte Meldungen.

London, 9. Februar. Dem Parlament ist ein Nachtragsetat zugegangen, in welchem 13 Millionen Pfund Sterling verlangt werden zur Bestreitung der Kosten für die 120 000 Mann, welche infolge des Krieges in dem mit dem 31. März d. J. schließenden Finanzjahre mehr ausgegeben werden sowie zur Bestreitung anderer einschlägiger Ausgaben für militärische Zwecke.

London, 9. Februar. Das „Mentische Bureau“ meldet über Lourenco Marques aus dem Hauptquartier der Voeren bei Ladysmith vom 8. Februar 9 Uhr morgens: Die englischen Truppen, die im Besitz des Molenispruit-Stocks waren, haben daselbst heute früh aufgegeben, nachdem die Artillerie der Voeren das Kopje bombardiert hatte. Die Engländer haben sich über den Zugela-Fürch in ihre alten Stellungen zurückgezogen. Heute morgen wurde am Zugela-Fluß mit Unterbrechungen eine Kanonade unterhalten.

London, 9. Februar. Dem Kriegsamt lag bis heute abend 6 1/2 Uhr keine Befestigung der Voeren-Meldung vom Rückzug Bullers über den Zugela vor.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Rom, 9. Februar. (M. T. B.) Senat. Bei Beratung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen stellt der Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, bei Beantwortung einer Anfrage des Senators Sitalleschi-Kobilik fest, daß die Beziehungen Italiens zu England stets den Charakter gegenseitiger Freundschaft und gegenseitigen Vertrauens behalten hätten. Der Minister spricht ferner die Zuversicht aus, daß die Ereignisse in Südafrika keine allgemeineren Verwicklungen nach sich ziehen würden.

London, 9. Februar. (M. T. B.) Das englische Dampfschiff „Devolant“, welches am 21. Dezember v. J. den Clyde verlassen hatte, um sich nach Nicolajeff zu begeben, ist an seinem Bestimmungsort nicht angekommen; man nimmt an, daß es mit dem auf demselben befindlichen Gesessenen 19 Mann im Kanal untergegangen ist.

London, 9. Februar. (M. T. B.) Unterhand. Im Laufe der heutigen Debatte erklärte der Unterstaatssekretär Brodrick, die Weigerung des Marshalls des Prisenrichters in Durban, den deutschen Dampfer „Herzog“ seiner Zeit in Obhut zu nehmen, sei nicht auf einer Anweisung der britischen Regierung basiert gewesen, sondern darauf zurückzuführen, daß das Schiff noch nicht im Hafen war.

Reichstag.

144. Sitzung vom 9. Februar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, Tirpitz, Graf Posadowsky, Graf Bülow, Hr. v. Thielmann.

Die erste Beratung der Flottenvorlage wird fortgesetzt.

Abg. Graf Arnim (Sp.):

Wir begrüßen die Vorlage nicht mit leichtfertiger Surra-

Die Lage, in die wir durch die Vorlage versetzt sind, vergleiche ich mit den Anstrengungen, die Wilhelm I. machte, um die Armeer-

Man nennt diejenigen, die für die Flotte eintreten, Wasser-

Die Schaffungsgesetze für die Schiffe wird in der Vorlage nicht

Den Herren vom Centrum möchte ich die Worte des seligen

Was die Ausführung des Flottenplans betrifft, so besteht es in

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Es ist gestern vielfach von der sogenannten Flottenschwärmerei

Eine Aeußerung des Abg. Hilpert hat gestern, wie ich glaube

fremden Fabrikaten abzuhalten. Ferner ersieht man daraus, daß der

Ich muß noch kurz darauf eingehen, wie weit Süddeutschland

Es fragt sich hier nur noch, ist das deutsche Volk leistungsfähig

Man hat gestern verächtlich gesprochen von den Katheder-

Abg. Richter (fr. Sp.):

Fürst Bismarck hat einmal gesagt: Amüßlich habe ich nie die

Eine kleine Abrechnung muß ich noch halten infolge der Angriffe

Die Rede des Herrn Staatssekretärs Graf Posadowsky war

über Kreuzerjagd und ungenügende Zahl der Kriegsschiffe. Diese

Man will durch die Flotte die Konkurrenz Deutschlands auf dem

Weiter hat sich Herr Bassermann auf die Vorgänge vor Manila

Herr Bassermann berief sich sogar auf die Stimmung des

In den großen Städten aber sind gut besuchte Flottenver-

In diesen Zeiten eine solche große Menge abhängiger Beamten,

Was nun die Dringlichkeitsfrage anlangt, so habe ich mich

damit könnte schon ein anschaulicher Teil der Kosten gedeckt werden. Wir stehen wieder vor dem Abschluss der Handelsverträge. Jeder wird mir zugaben, auch der Graf Solodowin, daß man Handelsverträge nur mit vollem Vorteil abschließen kann. Man muß in der Lage sein, seine Forderungen nachzulassen zu können, wenn man von andern Staaten Zollermäßigung bewilligt haben will. Der Zeitpunkt für große Ausgaben ist also der denkbar ungünstigste. Die finanzielle Seite der Flottenvorlage ist zudem ungemein unbestimmt. Was ist finanziell ein Linienschiff, was ein großer und ein kleiner Kreuzer? Das sind finanziell ganz veränderliche Begriffe. Die Kosten für ein Schiff sind nach einem Jahre doppelt so hoch wie vorher. Mit dem Wegfall des Amortisationsparagrafen in der neuen Vorlage, schwebt jede Bestimmung der Ausgaben überhaupt in der Luft. Von den Freunden der Vorlage wird ganz besonders begehrt, daß diesmal keine Bindung vorgeschlagen ist. Herr v. Lebedeff nennt die Vorlage eine Resolution, Herr Bollerbaum ein Programm, Herr Graf Kinn ein Vertrauensvotum. Ja, warum begnügt sich denn die Regierung nicht mit einer Resolution oder einem Vertrauensvotum? Ein Vertrauensvotum dränge man doch niemand in der Weise auf, daß man ihm die Pistole auf die Brust setzt und sagt: Wenn du das Vertrauensvotum nicht annimmst, löse ich den Reichstag auf! (Zustimmende Heiterkeit.) Zu allen in der Vorlage geforderten neuen Schiffen kommt der Ersatz für die alten Schiffe. Herr Tirpitz hat jetzt die Vermehrungsarbeiten den Ersatzarbeiten vorgezogen und Ersatzarbeiten zurückgeschoben. Im nächsten Jahre werden vier Ersatzbauten und vier Neubauten fällig. Das nennt man beim Wählerpiel Zwischmähle. Und an diesem Spiel kommen wir gar nicht heraus, wenn wir die Vorlage annehmen.

Gegen eine gesetzliche Festlegung des ganzen Flottenplans müßten wir uns ganz entscheiden. Etwas anderes ist es, wenn die Marineverwaltung mit einem Plan vorliegt, etwas anderes die gesetzliche Festlegung des Plans. Gegen diese müssen wir uns so entscheiden, wie es jetzt ganz klar ist, daß es sich hier um eine einseitige Bindung des Reichstags handelt. Früher war die Regierung selbst gegen die gesetzliche Festlegung. Es hieß, man könnte dadurch abgehalten werden, den Veränderungen der Technik durch Änderungen der Gesetzgebung so rasch zu folgen wie es notwendig ist. Für die Notwendigkeit der gesetzlichen Festlegung werden verschiedene Gründe angeführt. Erstens heißt es, die Reichstagen müßten sich von langer Hand auf solche Bauten einrichten können. Aus der Denkschrift ergibt sich aber, daß die Privatverpflichtung längst eingerichtet haben, schon vor der Vorlage. Ferner meint man, das nötige Personal müsse erst vorbereitet werden. Nun, wenn man jetzt in allen Schulen auf die Bedeutung der Flotte hinweist und Flottenbilder andringt, da wird es doch möglich sein, jährlich 50 Rediketen mehr zu gewinnen. (Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Gerade im Gegenteil ist zu befürchten, daß der Handelsmarine zu viel Mannschaften entzogen werden. Das Reichs-Marineamt beschränkt das ja, aber die Hamburger Handelskammer hat zugezogen, daß sich ein Mangel an tüchtigen Bedoffizieren, Matrosen und Steuerleuten fühlbar macht. — Es wird weiter gesagt, die Hafenanlagen, Dockanlagen könnten nur bei gesetzlicher Festlegung der Flottenvermehrung erweitert werden. Andererseits wird aber zugesehen, daß solche Anlagen bereits jetzt reichlich vorhanden sind. Endlich führt man als Grund für die Festlegung des Planes an, wie ein einmütiger Beschluß des Reichstags geeignet ist, das Ansehen Deutschlands zu heben. Damit schneidet man ja aber gerade für die Folgezeit den Beweis der Einmütigkeit ab. Allerdings, man will das Eisen schmieden, so lange es warm ist, und den Reichstag in Banden schlagen, aus denen er nachher nicht mehr heraus kann. (Sehr richtig! links.) Noch 1896 ist der Gedanke der Festlegung vom Reichstag und allen Staatssekretären und Admiralen entschieden zurückgewiesen worden. Herr Tirpitz brachte ihn erst an Schäften mit. (Heiterkeit.) Der Gedanke ist geboren aus dem Mißtrauen gegen den Reichstag, weil 1897 die außerordentliche Steigerung des Extra-Ordinariums von 30 auf 70 Millionen Widerspruch erregte und vom Reichstag auf 38 Millionen herabgesetzt wurde. Kein anderer Staat leidet ein solches Schicksal. (Sehr richtig! rechts.) Auch Herr Holmann, der Vorgänger des Herrn Tirpitz, hat sich übrigens ganz entschieden gegen eine solche gesetzliche Festlegung des Flottenplans ausgesprochen. Herr Holmann sagte, was in zehn Jahren notwendig ist, kann ich im voraus gar nicht sagen. Jetzt soll sogar die Art des Erfolges auf 10 Jahre festgelegt werden. Wir sind für eine solche gesetzliche Festlegung nicht zu haben.

Für uns kommt nur die etatsmäßige Bewilligung in Betracht. Wir sind nicht gegen jede Vermehrung der Flotte. Das würden wir für einen ganz verkehrten Standpunkt halten. Schon 1887 haben wir bewiesen, daß wir auch für Deckerüberflügeln zu haben sind, und jeden Mann und jeden Groschen bewilligt. Bei der letzten Artillerievermehrung haben wir überhaupt kein Aufsehen gemacht. Schon 1898 habe ich ausdrücklich gesagt, daß es uns gar nicht darauf ankommt, über den jetzigen Bestand hinaus neue Schiffe zu bewilligen. Also man bleibe uns mit dem Einwand fern, wir wollten gar keine Flotte. (Sehr gut, bei der freistimmigen Volksee.) Nun hat man uns wieder mit der Blockadegefahr graulich zu machen gesucht. Man stellt es so dar, als könnten wir angebrochen werden. Der Landwirtschaftsminister hat im preussischen Landtag erst neulich die Gefahr weit von der Hand gewiesen. Warum hat man die Blockadegefahr denn durch die Bewilligungen von 1898 für befeitigt erklärt? Ich meine, wir brauchen heute nicht ängstlicher zu sein als vor 2 Jahren. Wenn auf England hingewiesen wird und uns die Bündnisfähigkeit, so frage ich: und wir sind heute schon mehr geeidnet, als uns lieb ist? (Sehr richtig! links.) Ein Bündnis setzt Uebereinstimmung der Interessen voraus. Deshalb scheint mir ein Bündnis zwischen uns und Rußland andächtig zu sein. Rußland verschließt seine Thür für unsre Produkte, England hält sie offen. Kombinationen, die auf einen Krieg gegen England hinauslaufen, müssen den Dreimund strengen, denn Italien ist auf England im Mittelmeer angewiesen. Der Regierung wird schon heute bange vor der Hege gegen England. Wir finden in offiziellen Vätern Warnungen vor der Hege gegen England, wie wir sie von russischen selber nicht schreiben könnten. (Heiterkeit links, Lachen rechts.) Man weist hin auf den englischen Imperialismus. Hüten wir uns, daß wir nicht selber Imperialisten werden. (Zustimmende Heiterkeit links.) Lassen wir uns nicht durch Stichworte einfangen. Zuerst war die Rede von deutscher Weltmacht und dann hieß es ein größeres Deutschland, schließlich Weltreich und wir sahen, wie die Weltmächte schon daran gingen, die Grenzen dieses Weltreiches in Kleinasien, Marocco usw. abzustechen. (Heiterkeit links.) Aus dem Begriff Weltreich aber entwickelt sich der Begriff Welt-herrschaft, und da die andern Länder sich dies nicht gut gefallen lassen, kommen wir zum Weltkrieg. Ah, das ist ein Irrthum, das die Politik in den Sumpf führt. (Zustimmende Heiterkeit links.) England macht böse Erfahrungen mit dieser Weltmachtspolitik, und Frankreich hat unter den Kapoleoniden im Verlauf dieser Weltmachtspolitik Schlag und Vorhänge verloren. Es handelt sich vor allem um die Stimmung, die jetzt immer weiter um sich greift und uns schließlich in eine Richtung führen muß, die wir nicht verantworten können. Ich resumiere mich. Wir halten uns keineswegs präjudiziert durch meine Anschlüssen. Wenn sich infolge der wieder traditionellen Politik nämlich zum Schatz des Handels seiner Zeit das Bedürfnis nach mehr Kriegsschiffen ergeben sollte, so werden wir nach Möglichkeit der vorhandenen Mittel im Wege der Einbeziehung eine Vermehrung einleiten lassen. Aber aus Gründen finanzieller, konstitutioneller und politischer Natur ist es unmöglich, auf die Grundlage des vorliegenden Entwurfs zu treten. (Zustimmende Heiterkeit links.)

#### Staatssekretär Tirpitz:

Auf die Details in der Rede des Herrn Richter wird sich besser wohl in der Budgetkommission eingehen lassen, dort siehe ich Herrn Richter zu Diensten. Ich empfinde jetzt nur das Bedürfnis, meinen Standpunkt in der ganzen Frage noch mehr hervorzuheben zu lassen. Es ist so dargestellt, als hätte ich vor zwei Jahren die jetzige Flotte als Großmacht bezeichnet, während ich jetzt der Ansicht sein soll, daß

die Flotte von 1898 gar keinen Maßstab darstellt. Ich habe nicht Bedenken gegen und auch nicht gegen wollen. Die militärische Bedeutung — (Lachen.) Ueber diesen Punkt sind wir allerdings anderer Meinung geworden. (Gelächter links.) Die Flotte reicht in militärischer Hinsicht nicht aus für die Gefahren, wie wir jetzt erkannt haben. Ich gebe ja zu, daß es ein unglücklicher und mißverständlicher Ausdruck war von mir, als ich sagte, unsere Flotte sei jetzt fast genug, daß auch eine große Seemacht Bedenken tragen würde, offen zu gehen und vorzugehen. Ich habe damit nicht sagen wollen, daß unsere Stärke ausreichend wäre. (Gelächter links.) Und auch den Krieg mit der stärksten Seemacht nicht zu fürchten. Wir haben in der Budgetkommission die Frage eingehend behandelt, und Herr Richter hat im Plenum selbst konstatiert, daß eine Flotte von 1 1/2 bis 2 facher Stärke zum Angriff erforderlich wäre. (Lachen.) Zahlenmäßig betrachtet ist unsere Flotte nach der gegenwärtigen Novelle immer noch schwach an Zahl. (Große Lärme links, Zwischenrufe: Da haben wir's.) Ich meine, unsere Flotte ist immer noch nicht so stark wie die andern Flotten. (Stürmische Gelächter links.) In der Begründung sind keine Vorbehalten der Art enthalten, wie sie Herr Richter gezogen hat. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine gut organisierte kleine Flotte die Gefahren, die uns drohen, zwar nicht befeitigt, aber mildert. Natürlich nur dann, wenn sie organisiert ist. (Gelächter links.) Notwendig ist es, das Ziel der Organisation festzulegen und die einzige Möglichkeit hierzu ist die gesetzliche Zustimmung zu diesem Ziel. Es ist sehr wohl möglich, daß die Details sich ändern, aber die verbündeten Regierungen meinen, daß das organisatorische Ziel sich nicht so ändern wird, daß man deshalb von einer Festlegung absehen sollte. Diese Festlegung des Ziels ist von Herrn Richter nicht genehm. Er sagt, daß er der Marine an sich freundlich gesinnt sei. Bis jetzt hat die Marine von der Freundschaft des Herrn Richter nichts empfunden. (Sehr richtig! rechts.) Jeder Deutsche, von der Nordsee bis zu den Alpen, der irgend welchen politischen Einfluß hat, ist der Ansicht, daß Herr Richter sein reiches Talent und seine große Arbeitskraft eingesetzt hat, um unsere Marine so klein zu halten, wie sie jetzt ist, d. h. nach seiner Ansicht wechlos zu machen. (Zustimmende Heiterkeit links.) Ich möchte von Herzen wünschen, daß die Geschichte nicht einmal über diese Thätigkeit des Herrn Richter, die von Erfolg ja nicht begleitet war, ihr Urteil zu fällen hat. (Zustimmende Bravo! rechts, Lachen links.)

#### Herr Richter (fri. Sp.):

Liberalen Männern, die der Ansicht sind, daß wir ebenso wie ein starkes Heer auch eine starke Flotte haben müssen, sollte nicht der Liberalismus abgebrochen werden. Ich verlange, daß man es uns nicht verzeihen will, wenn wir ja sagen, daß man nicht gegen uns steht, und nicht als Liebediener verächtlich. Bitte erkennen an, daß sich die internationalen Verhältnisse seit 2 Jahren vollständig verändert haben. (Bravo! rechts) und daß die Regierung in Uebereinstimmung mit der großen Majorität des deutschen Volks recht hat, wenn sie eine Verstärkung unserer Flotte für erforderlich hält. Gewiß ist in der Flottenagitation manches verkehrt und manches tadelswürdig, aber die Glieder der Wissenschaft, die sogenannten Flottenprofessoren, haben das volle Recht, mit ihrer Meinung auf den offenen Markt zu treten. 29 Handelskammern, an der Spitze Bremen und Hamburg, haben ihrer Uebereinstimmung mit der Notwendigkeit einer Verstärkung der Flotte im Interesse des Handels Ausdruck gegeben. Sie sind kompetente Beurtheiler. Diese unsere allgemeine Zustimmung zum Gesetz bedeutet natürlich nicht, daß wir alle Einzelheiten des Gesetzes unbedenken annehmen. Da behalten wir uns die Entscheidung vor. Trotz aller Abweichungen bin ich der Uebereinstimmung, daß so wie wir uns viele Mitglieder der freistimmigen Volkspartei im Lande denken. Die Wirkung, die die Herren von der Linken in der Vorlage sehen, kann ich in ihr nicht finden. Die Regierung will ein detailliertes Programm bewilligt haben, um es nach und nach wirksam bringen zu können. Einem solchen Programm können wir zustimmen. Deutschland ist reich genug, um auch vermehrte Flottenforderungen bewilligen zu können. Erfreulich ist es, daß auch die Konservativen zustimmen trotz der Not der Landwirtschaft. Die Herren werden mit ihrer Agitation hoffentlich vorläufiger sein, nachdem sie gegen Herrn Hilpert gehöhrt haben. Diese Agitation des Bundes der Landwirte muß ja zu dem Reiz führen. In der Debatte frage ich mich mit Herrn Schäbler überein. Ich stehe auch auf dem Standpunkt des Abg. Lieber, den wir diesmal schmerzlich vermissen und dessen Uebereinstimmung wir aufrichtig wünschen, daß die starken Schultern herangezogen werden müssen. Wir scheitern eine Vermögensteuer von gewissen Sätzen ab die zweckmäßigste Heranziehung zu sein. Die Debattefrage muß jedenfalls gelöst werden. Ich kann dem Grafen Armin darin nicht zustimmen, wenn er sagt, wer die Debattefrage in den Vordergrund schiebt, will die Flottenvorlage nicht. Eine starke Flotte wollen wir, denn sie wird den Frieden sichern, nicht wie die Sozialdemokraten sagen, Deutschland in teigereische Konflikte verwickeln. Deutschland wird trotz einer großen Flotte andere Völker in ihrem Selbstbestimmungsrecht nicht hindern. Die Arbeiter haben ein Recht auf die Flotte und es gibt auch sozialdemokratische Arbeiter, die sich der Notwendigkeit einer starken Flotte nicht verschließen können. In meinem Wahlkreis ist ein Arbeiter von durchaus sozialdemokratischer Gesinnung für die Flotte eingetreten. Der Mann hat einen Vorschlag. Er folgt nie der Propaganda der Partei (Lachen bei den Sozialdemokraten), sondern hat sich stets eine sehr selbständige Meinung bewahrt. (Zustimmende Lachen.) Auch Kollege Kuer stand ja in dem Verdacht der Flottenirrationale. Ich verweise auf Seite 208 und 209 des letzten Parteitagprotokolls. Er hat zwar nur von Flottenbewilligungen gesprochen, wenn seine Partei einmal am Ruder ist, aber er steht doch in dem Ruf der Bedingungslosigkeit. (Abg. Kuer nickt. Große Heiterkeit.) So lange bis Herr Kuer und seine Freunde am Ruder sind, können wir nicht warten. Wir hoffen, daß aus der Kommission eine Vorlage herauskommen wird, die in ihrem Inhalt nach uns in unvorstelliger Gerechtigkeit ist. (Zustimmende Heiterkeit links bei der freistimmigen Vereinigung, den Nationalliberalen und rechts.)

#### Abg. Moth (Solo)

erklärt sich namens seiner sämtlichen Freunde gegen die Flottenvorlage. Die Kosten wachsen ins Ungemeine. Die politische Landwirtschaft kann sie nicht mehr tragen, denn ihr schadet die ganze Politik der polenfeindliche Auro. Sind doch die Ansehungs-Kommissionen nur zu dem Zwecke in Thätigkeit, den politischen Bauern und Arbeiter von der Scholle zu verdrängen, ihn arbeitslos und erwerbslos zu machen.

#### Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antiz.):

Eine eingehende Prüfung der Vorlage ist gerade diesmal besonders angezeigt. Wir hoffen, daß die Regierung auf die berechtigten Wünsche der Volksvertretung eingehen wird. Man kann die Vermehrung der Flotte für notwendig halten, aber der gegenwärtigen Vorlage doch mit sehr gemäßigten Gefühlen gegenüberstehen. In der Flottenagitation mag sich Strebererei, Byzantinismus und nutzlos Geschäftinteresse in den Wandel der Flottenbegeisterung bilden. Es läßt sich andererseits nicht leugnen, daß gerade die politischen Vorgänge der letzten Zeit eine mächtige Bewegung im Volk entfesselt haben, die in der Flottenvermehrung vorwärts drängt. Besonders begeistert ist die studierende deutsche Jugend. In Schwärmen ist ihre ganze Zukunft, wie aber müssen nächsten und fühlbar bleiben. Unser Zukunft mag auf dem Wasser liegen, die Nährwurzeln der Gegenwart aber liegen in der deutschen Ackerfrucht, in dem lebendigen Grenzwall der deutschen Bauern. Ihnen geht es schlecht, gedrückte Getreidepreise und die Linsenol bedrängen sie. Das Verhalten der Regierung zur Landwirtschaft hat tiefes Mißtrauen in diese patriotischen Kreise getragen, so daß es nicht wundernehmen kann, wenn sie nein sagen. Es wäre furchtbar, wenn die deutsche Landwirtschaft aus Patriotismus für die Flottenvermehrung gestimmt hätte und es dann erleben müßte, daß die Captivische Politik gilt: Deutschland muß ein Industriestaat werden. Und es liegt auf der Hand, daß die Flottenvermehrung einen Ackerz bildet, Industrie und Handel zu begründigen. Solche Ver-

fürchtungen erschweren allen denen, die in der Erhaltung des Bauernstandes eine Lebensfrage für Deutschland sehen, es außerordentlich mit freudigem Herzen der Vorlage zuzustimmen. Diese Zustimmung könnte die Regierung erleichtern, wenn man das jetzt in der Kommission stehende Flottenbudgetgesetz zwischen der ersten und zweiten Lesung der Flottenvorlage im Plenum zur Entscheidung brächte. Da könnte die Regierung beweisen, daß ihre wirklich am Schutze der Landwirtschaft gelegen ist. (Abg. Dr. Müller-Reiningen: Lesen Sie doch nicht Ihre Rede ab! Heiterkeit.) Ich lese nicht ab. Ich denke, ich habe dem Reichstag bereits den Beweis geliefert, daß ich frei sprechen kann. Rüge der Herr nur für sich selber tragen und alles andere dem Präsidenten überlassen. Und noch einen weiteren Beweis kann die Regierung geben. Von den beiden Projekten Kanal und Flotte muß eins zurückgehen. Beide sind zu kostspielig und da ist es klar, daß der Kanal weichen muß. (Lachen links.) Die Regierung hat die Janbernacht, die Stimmung sofort zu ändern, wenn sie erklärt, das Kanalprojekt verschwindet auf 20 Jahre von der Bildfläche. Und ein dritter Beweis ist zu geben. Wir müssen sicher wissen, daß die deutsche Landwirtschaft durch die kommenden Handelsverträge vor der Konkurrenz des Auslandes geschützt wird. Aber bis die Handelsverträge abgeschlossen sind, vergehen noch Jahre. Vielleicht findet sich in der Kommission eine Möglichkeit, durch eine derartige Gestaltung des Gesetzentwurfes, die auch die Getreidezölle hineinzieht, Verhütung zu vermeiden.

Entscheidend ist auch für uns die Debattefrage. Ich fürchte, die Vorlage wird daran scheitern, wenn es uns nicht gelingt, mit der Regierung feste Vereinbarungen darüber zu treffen, wie die Jahreskosten aufzubringen sind. Wir sind gern bereit, die Last auf die leistungsfähigen Schultern zu legen und erwarten entsprechende Vorschläge der Linken.

Nicht nur gegen die innere sondern auch gegen die äußere Politik der Regierung und sogar noch mehr herrscht Mißtrauen im Lande. Trifft man für die Flotte ein, so wird einem im Lande entgegengehalten: Wird denn diese Regierung die neuen Schiffe auch entsprechend verwenden? Man thut alles, man redet gut zu, man sagt, die Regierung ist nicht ewig. (Heiterkeit.) Im Lande ist man nicht erfreut von der Auerweltsfremdschaff unserer Politik, die dazu führt, daß jeder uns mißtraut. Der einzige Trost ist, daß nichts beständiger ist als der Ministerwechsel. Leider aber bleibt als bleibender Pol Herr Viktor Schweinburg. (Heiterkeit.) Redner entwickelt das längere, welche Politik ein wahrhaft großer Staatsmann treiben müßte. Sie soll in einer Marinekonvention mit den niederdeutschen Stammesgenossen, den Holländern bestehen, deren Kolonien dann als Stützpunkt zu dienen hätten. Der Kommission steht eine schwere Arbeit bevor, aber die Hoffnung auf guten Ausgang ist nicht aufzugeben, wenn auch Herr Schäbler erklärt hat, daß in dieser Form und in diesem Umfang die Vorlage unannehmbar ist. Nun, gegen die Form wenden sich die Redner aller Parteien, was aber den Umfang betrifft, so kann ja leicht geholfen werden. Man braucht ja nur ein Schiff mehr zu verlangen (Heiterkeit), aber ähnlich wie bei den berühmten 7000 Mann beim Kränzengeleit etwas freieren. Redner erklärt sich für jährliche Schiffsbewilligungen, weil man dann bei den Handelsverträgen die Regierung besser in der Hand hätte. Wir werden unsere nationalen Pflichten nicht außer acht lassen, aber auch dahin streben, die Burgeln unserer Kraft in der heimathlichen Erde vor dem Verdorren zu schützen. (Beifall rechts.)

#### Abg. Smalath (wildfons, Lithauer)

verliest mit Erlaunis des Präsidenten, da er der deutschen Sprache nicht vollständig mächtig ist, eine Erklärung, die auf der Tribüne wegen der leisen Stimme des Sprechenden fast unverständlich bleibt.

Nach den Voraussagen rechts scheint er sich für die Vorlage auszusprechen.

Dienstag verläßt das Haus die Weiterberatung auf Sonntag abend 1 Uhr.

Schluß 3 1/2 Uhr.

## An die Krankenkassen Deutschlands!

Auf dem Kongreß der Krankenkassen Deutschlands, welcher am 27. u. 28. Mai 1899 im Anschluß an den Tuberkulose-Kongreß tagte, wurde von den anwesenden 338 Delegierten, welche 374 Krankenkassen mit nahezu 2 Millionen Versicherten vertraten, mit erdrückender Mehrheit die Bildung eines lofen, namentlich für die Beeinflussung der Gesetzgebung hiesig bereit zu haltenden Verbandes beschlossen. Auch darüber herrschte Einverständnis, daß der unterzeichnete „Central-Kommission der Krankenkassen Berlins“ die Geschäftsleitung dieser Organisation übertragen werden sollte.

In Ausführung des damals gegebenen Auftrages wendet sich heute die unterzeichnete Kommission an alle Krankenkassen Deutschlands mit der Aufforderung, etwaige Wünsche betreffend eine Reform der Krankenversicherungsgesetze ihrer baldmöglichst zu überreichen. Soweit es sich dabei um Befreiung von Uebelständen handelt, welche sich bei der Handhabung des Krankenversicherungs-Gesetzes ergeben haben, wird es erforderlich sein, nicht allein die Wünsche zu formulieren, sondern auch die betreffenden Erfahrungen in möglichst knapper Form zu schildern, und etwa vorhandenes statistisches Material zur Begründung der Wünsche zur Verfügung zu stellen. — Sehr wünschenswert wären z. B. genaue Angaben über die Belastung einzelner Klassen durch die Behandlung der Unfallverletzten während der ersten (13) Wochen, und zwar:

1. über die absolute Höhe der Belastung,
2. über das prozentuale Verhältnis zur Gesamtausgabe der Klasse,
3. über die Zahl der Verletzten (absolut und Verhältnis zur Gesamtzahl der Kassemitglieder,
4. über die durchschnittliche Dauer der durch Unfälle bedingten Arbeitsunfähigkeit.

Nach Mitteilung der Regierungsvertreter wird nach Erledigung der Unfallversicherungs-Novelle dem Reichstage eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz zugehen. Es darf aber nicht wieder vor kommen, daß wie es bei der Invaliditätsgesetz-Novelle der Fall war, gerade die Wünsche der versicherten Arbeiter ungehört bleiben. Deswegen müssen wir rechtzeitig auf dem Wege sein, müssen alle Beschäftigten in Bewegung setzen, um auf Volkvertretung und Regierung Einfluß zu gewinnen. Von allen Krankenversicherungs-Gesetzen ist ja das Krankenversicherungsgesetz für die arbeitende Bevölkerung unstreitig das wichtigste und deswegen gilt es erst recht, alle Kraft daran zu setzen, damit ein Wort zu Stande komme, welches den versicherten Arbeitern zum Vorteil gereicht. Wir bitten zugleich, uns das Material möglichst frühzeitig, spätestens bis zum 15. März 1900 einzusenden. Die Sichtung und Weiterleitung desselben wird doch, namentlich wenn Rückfragen oder gar Anfragen bei allen Krankenkassen notwendig werden, viel Arbeit machen und daher auch geraume Zeit erfordern. Und deswegen gerade wird es notwendig sein, möglichst früh zu beginnen. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck dieses Aufrufs gebeten. Die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins.

J. A. Eugen Simanowski, Vorsitzender, N. Hoßstr. 16.

#### Witterungsüberblick vom 9. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hoh. mm)	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. d. (C. u. F.)	Stationen	Barometer (hoh. mm)	Windrichtung	Wetter	Temp. u. d. d. (C. u. F.)
Bismarck	763.5	3. heiter	—	6	29.0	10	bedekt	—	—	—
Hamburg	764.5	1. heiter	—	6	28.0	11	bedekt	—	—	—
Berlin	765.5	1. heiter	—	5	28.0	12	bedekt	—	—	—
Stettin	762.5	2. bedekt	—	5	28.0	13	bedekt	—	—	—
Wismar	765.5	1. heiter	—	5	28.0	14	bedekt	—	—	—
Wien	763.5	1. heiter	—	1	—	—	—	—	—	—

Weiter-Prague für Sonnabend, den 10. Februar 1900. Gross gelinder, teils heiter, teils neblig bei schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetter-Bureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Sonnabend, 10. Februar.**  
**Cyberhaus.** Cavalleria rusticana. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Die Jungfrau von Orleans. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Schluß und Jan. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leipzig.** Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Das deutsche Jahrhundert. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Radio Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Proschneider. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Der Waffenschmied. Hier auf: Die blonde Galathee. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Puffen.** Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Die kleine Excellenz. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss.** Die Jagd nach dem Glück oder: Die Diebin. Anfang 8 Uhr.  
**Nachm.** 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Notkapellen.  
**Welle-Miliane.** Freund Fritz. Anfang 8 Uhr.  
**Victoria.** Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich.** Wilhelmshäufliches. Klein in London. Anfang 8 Uhr.  
**Nachm.** 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Haniel und Gretel.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten: Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten: Vorstellung. Der seltsame Zwiebelmann. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Heute.** Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.  
**Taubenstraße 48/49.** Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.  
**Im Theater.** abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.  
**Hörsaal:** Prof. Dr. Müller: „Naturwissenschaftliches aus dem eigenen Heim“.  
**Invalidenstr. 57/62:** Tägliche Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

**Carl Weiss-Theater**  
 Gr. Frankfurterstraße 132.  
 Heute nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung.  
**Rotkäppchen.**  
 21 Preise: Galerie 10 Pf., II. Parterre und II. Rang 20 Pf., I. Parterre von der 17. Reihe und I. Rang 30 Pf., I. Parterre 50 Pf.,loge 60 Pf.  
 Abends 8 Uhr: Die Jagd nach dem Glück oder: Die Diebin.

**Thalia-Theater.**  
 Tel. Amt IVa 6440, Dresdenstr. 72/73.  
 Täglich: Diebesfängerfolg!  
 Zum 50. Male:  
**Im Himmelhof.**  
 Thomas, Thielcher, Heimerding, Jünger, Bausmüller.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

**Palast-Theater**  
 früher Feen-Palast, Burgstr. 22.  
 Großer Beifall des neuen Februar-Programms. Erstklassige Spezialitäten.  
 Nur Glanznummern! Kriegsbilder von Transvaal. Um 8 1/2 Uhr! Mit. Winkler im Wenn Frauen weinen.  
 Lustspiel von H. v. Winterfeld. Heute Sonnabend nach Schluß der Vorstellung:  
**Tanzfräulein.**  
 Besucher der Vorstellung: Frot-Tanz. Debut 8 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Tanz 11 Uhr - Sören, Sorzuga und Gutschne sind gültig. Mittwoch, den 21. Februar: Benefiz Helene Voss. Einmalige Aufführung im weißen Rokal!

**Metropol-Theater**  
 Behrenstrasse 55/57.  
 Vollständig neues Februar-Spezialitäten-Programm.  
**Madle. Sidley. Miss Dejo.**  
**Les Arbras. Les Vincentina.**  
**Allison-Truppe.**  
**Littke Carlsen.**  
 Um 9 Uhr 30 Minuten  
**Die verkehrte Welt**  
 mit der feinsten Truppe-Revue. Anfang an Wochentagen um 8, an Sonn- und Feiertagen 7 1/2 Uhr abends.

**Apollo-Theater.**  
 Um 9 Uhr abends:  
**Im Reiche des Indra.**  
 Eine Fahrt durch die indischen Wundergärten.  
 Um 1/8 Uhr: La Fagette. Schwestern Serial. Dell Oro.  
**Acquamarinaffs.**  
 Hill u. Hull. Diamantina. Ephraim Thompson. Dagmar Hansen etc. etc. etc.  
**Der Kosmograph.** neueste Aufnahmen aus dem Transvaalkriege.  
 Anfang 1/8 Uhr.  
 Vorverkauf im Theater von 10 bis 1 Uhr, sowie im Invalidendank u. Künstlerdank.

**Sanssouci**  
 Kottbuserstr. 4a.  
 Heute Sonnabend wegen Vereinsfestlichkeit: Keine Soiree.  
 Sonntag, den 11. Februar: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.  
 Ehrwürdiger Beifall!  
 Hoffmann als Präsident Krüger.

**Schiller-Theater**  
 (Wallner-Theater).  
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Fröschweiler.  
 Schauspiel in 4 Akten von F. v. Benzel und Ferd. Kunstel.  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr: 7. Vorstellung im Schiller-Gebäude:  
**Die Jungfrau von Orleans.**  
 Abends 8 Uhr: In Behandlung.  
 Montag, abends 8 Uhr: Der zerbrochene Krug.  
 Stück von Amphitryon.

**Central-Theater**  
 Direction: José Ferenczy.  
**Die kleine Excellenz.**  
 Operette in drei Akten von Richard Heuberger.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen und folgende Tage: Die kleine Excellenz.  
 Sonntag und mittags 3 Uhr zu halben Preisen: Der Bettelstudent.  
 Operette von G. Müllner.

**W. Noacks Theater,**  
 Brunnengasse 16.  
 Heute, Sonnabend, den 10. Februar:  
**Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.**  
 Sonntag:  
 Große Extra-Theater-Vorstellung.

**Urania**  
 Taubenstrasse 48/49.  
 Im Theater abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.  
 Hörsaal:  
 Prof. Dr. Müller: „Naturwissenschaftliches aus dem eigenen Heim“.  
 Invalidenstr. 57/62:  
 Tägliche Sternwarte.  
 Nachmittags 5-10 Uhr.

**CASTANS PANOPTICUM**  
 Neu! Neu! Neu!  
**Ein Riese**  
 der englischen Armee  
**Sergeant Th. Dalroy**  
 2 m 30 cm hoch!  
 Oberbayerische Sänger und Schubplattler-Gesellschaft.

**Passage-Panoptikum.**  
 Geöffnet  
 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.  
**Anatomisches Museum**  
 Dienstags für Damen.  
**Passage-Theater:**  
 Der Haarathlet Suschn und 15 erstklassige Debutis.  
 Vorstellung 7-10 1/2 Uhr.

**Cirkus Schumann.**  
 Heute, Sonnabend, den 10. Februar, abends präc. 7 1/2 Uhr:  
 12. Grande Soiree High Life.  
 Gala-Programm. Zum 8. Male:  
**Dr. Faust.**

Eine romantisch-phantastische Handlung in 3 Akten mit teilweiser Benutzung des Heinrich Heineschen Tanzpoems gleichen Namens und des Simrock'schen Volksbuchs, von August Siems. In Scene steigt vom Direktor Albert Schumann und Hof-Balletmeister Siems. Regie Balletmeister Weisinger. Musik von Heizer.  
 1. Akt: Im Studierzimmer des Dr. Faust.  
 2. Akt: Im Reiche der Liebe.  
 3. Akt: Ein Schützenfest im 16. Jahrhundert. Entführung des Dr. Faust.  
 4. Akt: Die Herzogin von Parma; der Hexensabbat auf dem Blocksberge.  
**Fausts Höllenfahrt.**  
 Sonntag: 2 gr. Vorh. Nachm. 3/2 und abends 7 1/2 Uhr. Nachm.: Im Weihnachtsbazar od. Die Puppen; fündigt. 1 Kind frei. - Abends: Dr. Faust.

**Reichshallen.**  
 Täglich: Stettiner Sänger  
 Anfang:  
 Hochentags 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.  
 Entree 50 Pfennig.  
 Vorverkauf 40 Pf.

**Treptow Restaurant**  
 Karpfenteich.  
 Alte Köppler Sandstraße.  
 Jeden Sonntag: 11-12 Uhr  
**Großer Ball.**  
 Neuer Gartentempel.  
 Kaffee in Portionssannen.

**Giordano Bruno-Feier**  
 zu Gunsten des Baufonds der Freireligiösen Gemeinde  
 am Montag, den 19. Februar, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.  
**Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert**  
 unter Mitwirkung  
 des gemischten Chors der Freireligiösen Gemeinde.  
**Festrede, gehalten von Prof. Dr. Albert Gehrke.**  
**Aus dunkler Zeit!**  
 Lebende Bilder, arrangiert von A. Hoffmann und B. Schröder, mit verbindendem Text von C. M. Scävola.

I. Bild: **Buddha.**  
 Vom Königsthron zum Volke.  
 II. Bild: **Sokrates.**  
 Letzte Augenblicke im Kreise seiner Schüler.  
 III. Bild: **Christus.**  
 „Kreuziget ihn! Kreuziget ihn!“  
 IV. Bild: **Johann Huss.**  
 „O sancta simplicitas!“  
 V. Bild: **Luther.**  
 „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!“  
 VI. Bild: **Giordano Bruno.**  
 „Verbrannt ist leichter, denn widerlegen!“  
 VII. Bild:  
 Apotheose: **Sieg des Menschentums.**  
 Dichtung, vorgetragen von C. M. Scävola. Kostüme aus dem Atelier von B. Schröder, Passauerstr. 3.  
**Anfang 8 Uhr.**  
 Billets a 30 Pf. erhalten die Mitglieder in den Billetstellen der Freireligiösen Gemeinde.  
 Nach der Aufführung: **Geselliges Beisammensein.** Das Komitee.

**Brauerei Germania Aktienges.**  
 in ca. 70 eigenen Lokalen  
**Bockbier** 4/10 Liter 10 Pf.  
 1/5 Tonne 3,50. 1 Flasche 4/10 Liter 10 Pf.  
 15 Flaschen 4/10 Liter 1,50  
 frei Haus.  
 3031L\* • Telephon VII 2645. •

**Cirkus Busch.**  
 Heute, Sonnabend, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr: High Life Evening.  
 Neues Programm! Der Burghardt-Football mit sehr. raff. Dreigespann. Niederbühne; Sonntag aber einen hoch. Stelzen. Die weiße Dame. Monette à cheval. Der Feuerprinz Hr. Rivali. Die Ratweel-Äkrobatentrompe. 3. Schluß: Die Camorra.

**Hummelburg**  
 Neue Prinz Albertstr. 70.  
**Schumanns Ballsalon**  
 (früher Aroschli).  
 Genossen und Bekannte zeige meine Ueberrahme obigen Lokals hiermit an und bitte um vorzeit. Zutritt. Son 4 Uhr an **Grosser Ball.**  
 3678L\* Wilh. Schumann.

**A. Stippekohls Restaurant**  
 Göpenstr. 5.  
 Arbeiter-Bekehrungslokal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.  
**Kösliner Hof**  
 Köslinerstr. 8.  
 Jeden Sonntag: **Ball.**

**Nur 4 Mark**  
 Stelle sehr groß zu Anwesenheiten, Reize zu Occasionen, schöne Plätze, 7-10 Mark. Für 10 Mark ff. Chevrolet, auch Raumgarage, Valetotreff, Postreise, so lange der Vorrat reicht  
 im **Wiesenhoflager**  
 14 Kranjen-Strasse 14, 1 Et.  
 Kein Baden. 3396L\*

**ZAHNSCHMERZ** hohler Zähne  
 beseitigt sofort  
**KROPP'S Zahnwatte**  
 (20% Carvacrolwatte in plumb. Packung) 4 503. zu haben in allen Drogerien. Nimm keine Nachahmungen!  
 KROPP-HOLET-SICHER

**Der Ausstoss**  
 von  
**Schultheiss' Bock**  
 hat begonnen.

**Kaufhaus D. Levin jr.**  
 Reinickendorferstrasse 12. Eine Minute vom Bahnhof Wedding in der Nähe des Nettelbeckplatzes. Pankstrasse 52.  
**Neu aufgenommen**  
**haus- und Küchengeräte.**  
 Spec. Emaille, Porzellan, Glas, Steingut, Bürsten und Holzwaren.  
 Die Eröffnung dieser Abteilungen erfolgt am Sonnabend, den 10. Februar, nachm. 6 Uhr.  
 Jeder Käufer in obigen Abteilungen erhält **Gratis** am Eröffnungstage ein schönes Geschenk!

### 3000 Mark Belohnung!

Am 13. Dezember v. J. wurden uns allein über 1100 Stück Zithern bestellt und zahlen wir obige Belohnung jeder hiesigen Konkurrenzfirma, die uns nachweisen kann, dass ihr jemals die gleiche Anzahl von diesen Instrumenten bis dahin an einem einzigen Tage bestellt worden ist. Es ist dieses wohl der beste Beweis für die Güte unserer Instrumente und den bedeutenden Umfang unseres Geschäfts. Unsere Harmonikas mit ge-e-tlich geschützten Neulichen sind unübertroffen, stark und solide gebaut und kosten mit sämtlichem Zubehör mit 10 Tassen in garantiert Robzig nur noch 4 1/2 Mk., Schräge 6 Mk., Schräge 7 1/2 Mk., Schräge 11 1/2 Mk., 2 reihige mit 13 Tassen, 4 Bässen 9 1/2 Mk., mit 21 Tassen 10 Mk. Sämtliche In-strumente mit Zitter-Register und voll-ständige Tremolando-Zitter-Apparat in allerbesten Ausführung 50 Pfg., oder mit vor-züch-licher Glockenbegleitung 30 Pfg. extra. Versand gegen Nachnahme, Porto, Umtausch, Keins Risiko, Geld zurück, wenn unsere Instrumente nicht gut anfallen. Bestellen Sie stets zuerst gratis und franco unsere Preisliste, wenn Sie noch nicht überzeugt sind, bei uns das scheinbar am besten und billigsten zu kaufen.

**Herfeld & Comp., Neuenrade (Westfalen)**  
Friedrichsgr. 110  
Friedrichsgr. 110

### Grösste Ersparnis

macht das Selbstbereiten von

## 2 Ltr. Rum.

Man nehme  
1 Ltr. besten Weingeist 90 %  
1 Ltr. Wasser,  
1 Originalflasche echt Jamaika-Rum:  
Schwarz für 75 Pfg.  
Der aus dieser Basis bereite Rum  
steht an Aroma, an Frische des Geschmacks  
und der Bekömmlichkeit dem echten  
Jamaika-Rum nichts nach und eignet  
sich vorzüglich zur Thee- und Grog-  
bereitung. 3662 v

Nur zu haben bei:  
**Johannes Fischer,**  
O. Kappelerstr. 41. O.

### Natur-Heilverfahren.

Gant-, Darm- u. Blasenleiden,  
Frauenkrankheit, heilt sicher  
ohne Verschärfung. (34444)  
R. Wagner, Wallstraße 23,  
9-2-5-9, 519-2

---

## Falbe,

44, Elsassstr. 44.  
Behandlung aller Gant- u.  
Blasenleiden ohne Verschärfung.  
Sprechst. 9 morg. bis 9 abends,  
Sonntag u. Donnerstags 9-3.  
Bei Verschärfung der Verbands-  
faktor 10 Brzg. 3454 v

### Frühstücks-Suppen Gemüse- und Kraftsuppen Bouillon-Kapseln Suppen-Würze

stets vorrätig bei Ernst Starke, N., Putbusstr. 47.

# MAGGI

und Polsterwaren, Heide Arbeit.  
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. (34562)  
Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.

Herren- u. Konfirmationshüte, alle Farben,  
mit neuer moderner Schen. (34602)  
prima Qualität 1,50 und 2,-  
Die beliebtesten Arbeitshüte immer 1 Mk.  
früher Barnimstr. 4 u. 5.  
jetzt Kaiserstr. 25 A.

### 1. Ziehung d. 2. Klasse 202. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 2. Februar 1900, vormittags.  
Nur die Gewinne über 110 Mark sind den berechtigten  
Gewinnern in Blättern beigefügt.  
(Cf. Nr. 202.)

83 120 35 44 257 405 662 785 887 902 40 49	1009
83 116 71 336 (300) 78 96 488 605 709 849 56 96	2247
337 449 83 527 705 94 801 (150) 937 52 3072 (150) 131	31
29 517 39 49 730 800 58 94 97 5035 155 63 69 90	30
202 27 364 76 98 489 508 61 74 97 659 79 155 751 815 15	12001
4112 93 523 659 724 8108 51 352 69 443 561 623 100 (300)	9129
9119 216 70 (150) 405 65 70 79 705 51 829 (200) 990	
10197 217 68 307 10 99 (150) 457 743 68 897 926	
11045 446 569 79 690 990 12278 81 (150) 418 505 922	
99 825 95 13187 698 594 614 94 707 892 40 56 951	
82 86 44392 516 90 714 75 64 (200) 850 923 15100 89	
60 800 65 328 448 524 46 607 15 16577 87 666	
814 26 17010 1150 225 205 319 406 519 443 64 63	
795 812 (150) 49 903 14009 624 39 777 846 19069	
284 615 19 806 24 977 91	
20119 77 226 334 77 801 21090 118 261 453 511	
18 82 670 730 33 930 22017 88 616 849 228 2025 117	
64 218 301 909 24009 111 77 354 96 568 619 81 811 45	
(150) 50 25373 473 692 26 20246 92 98 406 65 696	
82 726 79 27386 440 59 675 95 935 68 20262 101 27	
57 (150) 507 60 690 (200) 922 20227 309 824 901 98	
30108 53 242 561 714 84 854 31004 226 (150) 41	
91 411 695 908 84084 226 71 77 348 431 43 566 996	
33000 84 421 86 518 96 881 79 917 47 71 34221 786	
897 904 34 35017 39 116 (150) 585 667 950 30152	
254 55 327 429 51 56 656 840 94 990 37088 138 368	
413 662 70 634 935 (150) 38883 231 305 31 (200) 40	
486 511 705 895 30249 316 658 86 911 70	
40014 144 223 58 314 65 430 467 88 704 41016 34	
386 55 419 577 618 717 841 71 910 44033 154 223 350	
51 586 625 748 81 873 43008 199 360 415 74 750 838	
(200) 73 44102 92 293 (200) 59 569 671 800 977 84	
45084 86 481 643 70 708 63 821 30 904 90 40117 66	
263 391 451 66 606 23 610 24 90 47025 32 202 440	
664 (150) 988 54 48224 311 601 901 710 517 44 947	
40150 54 455 506 784 999	
50399 81 438 568 914 58 51082 445 215 573 689 705	
844 924 50282 567 626 45 852 964 31918 629 622 73	
588 961 54246 486 710 (150) 35 55179 209 375 517	
632 782 865 50013 18 230 310 489 66 557 73 57103	
212 344 79 826 55 (150) 988 54902 67 115 370 923 986	
50001 218 30 426 675 (150) 852	
60123 215 75 (150) 577 717 65 908 96 61113	
38 399 398 449 512 71 637 945 (150) 90 62073 211 13	
101 442 850 619 55 731 900 9 63029 454 (150) 69 503	
80 858 842 915 61202 381 451 91 604 741 576 (150) 91	
150 (150) 62169 278 334 429 594 66029 67 112 82 47	
42 588 663 (200) 80 742 67092 107 93 534 781 842 908	
60 68024 88 145 290 378 521 66 807 30 915 60077 157	
207 57 456 576 630 67 95 801	
70129 359 645 764 79 900 71042 44 310 69 409	
783 876 907 15 40 91 72006 9 66 86 95 292 70 406 501	
23 82 662 96 724 77 73031 (150) 192 290 295 49 433 84	
74191 354 644 969 75020 99 186 346 408 16 713 70115	
621 95 817 77192 240 385 427 42 519 24 87 (150) 643	
745 76 959 72927 43 72097 194 241 345 400 563 701	
11 81 875	
80114 15 87 268 319 40 66 433 67 512 660 97 809	
80116 83 121 343 72 675 615 897 950 80187 215 92	
330 45 403 569 680 770 36449 3059 767 930 (150) 84146	
207 618 88 847 85021 40 51 (150) 56 138 274 340 79	
625 745 800 86992 509 706 70 (150) 856 66 963 87014	
438 95 510 90 97 690 761 66 941 84298 (150) 586 626	
94 80063 (150) 120 228 317 45 78 80 443 93 614 826 990	
90101 241 315 85 423 567 75 86 649 780 819	
91045 55 489 694 888 916 37 80 94052 90 132 228 516	
26 68 686 80 734 876 93 14 86 139 48 89 (200) 95 755	
94081 84 146 427 597 (150) 810 806 48 974 92 95358	
274 584 846 901 68 (150) 60 90014 403 23 501 97051	
291 380 555 65 695 763 955 97 40032 208 91 391 400	
28 41 964 748 702 942 90324 119 206 18 (200) 328 415	
671 95 442 849	
100669 107 16 28 95 49 252 360 514 68 692 94 738	
78 97 101459 677 709 30 81 508 79 102418 309 11	
170 75 612 97 985 103034 131 239 542 792 800 33 41	
719 104061 990 306 493 618 25 747 150 93 105291	
102 85 219 379 411 565 786 897 924 106200 80 822 504	
667 739 847 107030 191 232 52 371 409 (150) 57 672	
85 676 85 795 23 75 108300 964 634 24 98 655 760 96	
95 100656 109 22 36 294 456 768 819 (200) 16	
110028 85 140 399 (150) 621 54 782 (150) 97 111034	
62 609 880 67 902 80 133016 50 139 390 511 615 76 82	
770 820 904 (150) 39 67 118108 31 356 67 (150) 72	
100 22 85 958 114087 71 79 97 233 419 570 791 927	

115020 153 327 501 748 874 116012 (150) 80 91 240	
221 692 797 916 110709 212 81 339 598 58 729 52 918	
66 118005149 661 609 797 899 970 93 110040 226 359	
409 518 16 92 660 716 990	
120128 364 487 506 26 72 902 50 89 121002 41	
79 270 76 342 475 502 698 97 738 899 997 122191 371	
56 211 85 381 451 67 640 766 802 960 123129 371	
566 946 89 95 124087 148 79 264 71 68 357 553 763	
68 95 (200) 576 992 125000 276 338 31 65 440 745	
126112 17 42 393 474 89 (150) 595 639 40 58 727 813	
127148 50 294 81 88 355 727 128042 (150) 57 204	
491 682 841 971 1320109 218 39 69 408 63 513 65 81	
79 729 738 59 67 835 890	
1200115 19 116 566234 922 82 121192 286 642 788	
912 54 948 76 122022 144 397 260 75 859 67 133077	
348 85 530 601 (150) 852 940 124105 (150) 761 824 55	
135011 201 813 60 510 48 623 702 83 875 87 995	
130003 64 104 8 390 412 64 127339 43 494 504 632	
813 138600 104 130080 152 76 201 48 73 127455 61	
771 74 869 69	
140008 110 (150) 392 66 506 695 930 31 33 141039	
194 292 69 543 97 776 813 37 49 95291 142157 240 515	
800 905 144007 46 96 384 413 824 93 901 144004	
250 95 548 687 816 62 145055 517 600 714 1460387	
404 61 518 29 (150) 911 16 147043 44 107 23 84 250	
319 77 358 812 854 148000 (150) 81 591 911 149117	
201 67 466 (200) 577 786 935 908 31 (150) 80	
1500119 16 241 59 387 538 720 37 913 90 151113	
89 87 327 815 26 958 76 152041 68 308 9 39 68 445	
638 613 17 37 925 40 153135 210 232 617 935 73 154024	
12 238 434 68 650 715 933 155081 246 449 550 (150)	
85 654 792 905 99 150002 154 84 246 636 65 776 (200)	
81 157298 71 577 88 505 158309 358 62 71 747 806	
39 159000 70 367 93 62 569 691 704 23 64 73 651 (150)	
60 79 907 97	
160012 184 97 857 61 460 86 644 57 518 161061	
132 64 334 (150) 81 469 667 924 29 913 24 36 162082	
904 12 800 407 620 686 722 905 40 163125 236 387	
506 50 968 164284 463 94 873 716 165011 70 97 194	
306 76 406 593 95 (200) 789 90 626 96 86 72 166139	
(150) 453 70 636 (150) 927 167123 51 57 487 708 43	
48 74 168084 124 12011 480 94 619 791 917 21 96	
169443 539 79 896 91	
170163 205 309 27 51 96 703 15 67 77 79 171300	
44 454 514 26 767 876 83 172023 381 491 509 77 646	
745 87 967 173127 40 44 327 610 32 731 87 174945	
107 87 215 28 355 408 51 631 701 906 175244 341 50	
450 69 84 542 605 882 929 176099 79 (100) 350 60	
528 761 922 177049 121 40 251 327 569 694 755 825	
45 46 178335 639 770 91 954 179033 89 96 283 379	
404 533 (150) 69 641 797 889 927 181015 26 88 179	
190013 248 74 89 478 880 928 181015 26 88 179	
396 88 403 20 42 54 556 91 (1000) 781 94 86 182193	
274 79 320 631 708 888 92325 183011 15 78 305 778	
847 850 134 812 238 89 903 603 54 995 185055 161 89	
(150) 325 65 978 71 41 823 47 186026 117 (1000) 284	
81 359 118 661 705 829 187000 51 124 278 81 423	
623 66 74 744 906 22 188066 204 41 79 362 400 505	
703 892 925 39 88 189088 154 280 387 924 650	
190043 102 314 388 97 418 87 501 21 96 (150) 839	
824 191 924 78 121 388 553 57 95 96014 48 839 192001	
87 136 41 50 380 428 99 567 740 997 193199 376 440	
(150) 322 430 59 76 88 916 75 194544 73 359 376 440	
85 513 51 618 851 988 195031 202 58 382 415 600	
16 877 190067 230463 618 739 197039 45 158 66 220	
66 82 98 467 76 232 632 67 60 69 721 198 61 75 169	
811 381 514 77 601 39 48 79 79 709 3 21 835 199039	
167 292 369 406 58 864 932	
200015 140 306 405 580 992 201075 128 55 238	
55 429 61 645 202792 157 257 707 429 508 56 87 788	
830 67 809 902 (150) 203164 217 506 58 73 742 307 1504	
304 (150) 88 476 663 99 748 872 75 918 92 35 32 302 901	
647 850 134 812 238 89 903 603 54 995 185055 161 89	
20 (150) 393 435 38 566 709 208994 108 86 262 372	
501 660 81 782 815 97 (150) 970 209241 (150) 78 95	
578 83 739	
210101 98 240 335 57 603 10 23 982 210101 97	
163 219 460 93 551 628 79 99 838 78 82 (200) 911	
79 212044 151 61 218 59 330 501 13 95 99 661 78	
712 911 (200) 213152 54 66 32 750 660 748 812 70 264	
79 214071 189 252 632 72 (150) 438 (200) 985 25107	
85 69 487 58 87 622 (150) 71 90 38 742 84 819 21071	
393 66 539 75 885 814 212084 167 517 40 76 887	
58 218186 571 (150) 223 839 45 (200) 914 219076 96	
203 355 427 798 999	
200290 368 86 761 63 812 64 70 996 221086 128	
101 355 84 459 89 699 899 9 222062 183 210 98 384	
92 448 78 86 93 (150) 710 600 807 223009 83 191 985	
612 67 81 771 875 79 914 1	

Die Schweizerische Kranken- und Unfallversicherung.

Zürich, anfangs Februar.

Auf das von 115 000 stimmberechtigten Bürgern gestellte Referendumsgesetz hat der Bundesrat in Bern die Volksabstimmung über das Gesetz betreffend die Kranken- und Unfallversicherung auf Sonntag, den 20. Mai festgesetzt.

Das vorliegende Versicherungsgesetz mit seinen 400 Artikeln und einem Anhang von 162 Druckseiten des „Schweizer Bundesblattes“ erinnert beinahe an das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch.

Es werden öffentliche und freie oder eingeschriebene Krankenkassen unterschieden. Erstere sind die Kreis- und Betriebskrankenkassen, die das Recht der juristischen Person besitzen, wie übrigens auch die eingeschriebenen Kassen.

Die freiwilligen Mitglieder können volle oder teilweise Versicherung nehmen. Die Vollversicherten besitzen ebenso wie die obligatorischen Mitglieder Anspruch auf Krankenpflege und Krankengeld, die Halbversicherten lediglich auf Krankenpflege.

Die Leistungen der öffentlichen Krankenkassen bestehen in der unentgeltlichen Behandlung und Arznei sowie anderer Heilmittel und der Tragung notwendiger Transport- und Reisekosten, ferner vom dritten Tage der Erkrankung an in einem täglichen Krankengelde von 60 Proz. des Tagesverdienstes.

Die Wahl des Arztes ist frei. Die zuständige kantonale Behörde stellt unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse einen Tarif auf für die Entschädigung ärztlicher Leistungen, welcher in keinem Falle die örtlichen Minimaltarife überschreiten darf.

Die Einnahmen der Krankenkassen bestehen aus den Bundes- und den Versicherungsbeiträgen der Arbeiter wie der Unternehmer sowie aus den Eintrittsgeldern. Der Bundesbeitrag beträgt 1 Rappen pro Tag oder 3,65 Fr. pro Jahr für jedes Mitglied.

Im Hinblick auf die Mitwirkung der Unternehmer kann die Verwaltung der Kreis-Krankenkasse eine getrennte oder eine gemeinsame sein. Im ersteren Falle hält jede Partei ihre eigene Generalversammlung ab.

Streitigkeiten aus dem Bereich der öffentlichen Krankenkassen sind schiedsgerichtlich zu erledigen. Das Schiedsgericht muß mindestens aus 3 Richtern, dem Vorsitzenden und 2 Mitgliedern, bestehen.

Die freien Kassen unterliegen ebenfalls der staatlichen Aufsicht. Wenn sie an die Versicherten das gleiche leisten, wie die Krankenkassen, also mindestens die unentgeltliche Krankenpflege und 1 Fr. tägliches Krankengeld für die Dauer eines Jahres, so erhalten sie gleichfalls den „Bundesstempel“ für die Versicherungspflichtigen.

geschrieben und besitzen als eingeschriebene Krankenkassen ohne weiteres die Rechte der juristischen Person.

Für die Unfallversicherung wird eine eigene eidgenössische (staatliche) Anstalt in Luzern errichtet. Derselbe kann sich an der Errichtung und dem Betriebe von Heil- und Kuranstalten sowie von Apotheken beteiligen.

Den Zwang zur Versicherung gegen Unfall unterliegen die gleichen Personen, die verpflichtet sind, sich gegen Krankheit zu versichern.

Die Leistungen der Unfallversicherung an die Versicherten bestehen in der unentgeltlichen Krankenpflege und in Krankengeld nach den Bestimmungen der Krankenversicherung, ferner in Jubiläumrente, Sterbegeld und Hinterlassenenrente.

Die Beiträge hat der Unternehmer zu 2/3 und der Arbeiter zu 1/3 zu tragen; Verabredungen über einen größeren Anteil des Arbeiters sind unzulässig und unglücklich und ist der erhöhte Mehrbeitrag zurückzuführen; außerdem tritt Bestrafung ein.

Die Strafbestimmungen variieren zwischen 50 Cts. und 10, 50, 100 bis 1000 Franken bei der Krankenversicherung und bis zu 2000 Franken bei der Unfallversicherung.

Auf die Militärversicherung, die Kosten der gesamten Versicherung kommen wir nächstens in einem zweiten Artikel zurück.

Der vierte Verbandstag des Verbandes der Steinseher (Pflasterer) und Bergsgenossen Deutschlands.

wurde am 4. Februar, abends 9 Uhr, im Römischen Saale, Prennestr. 188, eröffnet. Es nahmen an den Verhandlungen 62 Delegierte teil. Die Leipziger Delegierten beantragten, daß die Frage: Leipziger Gewerkschaftsartikel Louisa Buchdrucker als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Es folgt dann der Bericht des Centralvorstandes, welcher gedruckt vorliegt und an den der Verbandsvorsitzende Knoll nur noch einige Ergänzungen beifügt. Der Bericht gibt eine sehr eingehende Uebersicht über die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Organisationsorten seit Begründung der Organisation.

Der vom vorigen Verbandstag erwartete Vorstoß des Jungmännerbundes ist nicht eingetreten, im Gegenteil haben sich die Zahlreiche in den letzten zwei Jahren eingetretenen Lohnerhöhungen und sonstigen Verbesserungen in den Arbeitsverhältnissen, abgesehen von Berlin und einigen kleineren Orten, alle auf friedlichem Wege vollzogen.

Die internationalen Beziehungen erhielten eine erfreuliche Festigung dadurch, daß der Verband in der Lage war, einer Anzahl angepörrter dänischer Steinseher kräftig zur Seite stehen zu können.

Bezüglich Anbahnung eines energischen sanitären Arbeiterbundes für die Arbeiter des Straßenbaues will der Centralvorstand in diesem Jahr allen Behörden des Reichs, die nur irgendwie mit der Vergebung von Straßenbauten zu thun haben, eine ausführliche Denkschrift zu geben lassen.

In der Diskussion über den Bericht wurde allseitig zugestimmt, daß der Centralvorstand seine Aufgaben, soweit dies nur möglich war, gethan habe.

Aus dem Bericht des Verbandskassierers, der ebenfalls von Knoll gegeben wurde, ergibt sich, daß der Verband in den verfloßenen zwei Jahren zu verzeichnen hatte an Einnahmen

Table with 5 columns: Eintrittsgelder, Beiträge, Streifonds-Extra-beiträge, Dele-gierten-Steuer, Diverses. Rows for 1898 and 1899, and a total row.

Auf Sammellisten 185 M. Zuschüsse von andren Gewerkschaften zur Streikunterstützung 1850 M.

Der Bericht konstatiert, daß auch in den letztverfloßenen zwei Jahren die Organisation bei den Ausgaben, die für den Kampf um eine höhere Lebenshaltung gemacht werden mußten, mit in den vordersten Reihen der deutschen Gewerkschaften steht.

hierfür betragen pro Kopf ca. 6,50 M. In den Jahren 1893/97 hat der Verband in dieser Beziehung unter den deutschen Gewerkschaften die zweite Stelle eingenommen.

Bezüglich der obligatorischen Extrabeiträge zur Unterstützung größerer Streiks wird beschlossen, daß dieselben unter allen Umständen da zu zahlen sind, wo die Mitglieder in Arbeit stehen.

Der Punkt der Tagesordnung: Die Beschlüsse des III. Gewerkschaftskongresses und unsere fernere Stellung zur Generalkommission gibt den Leipziger Delegierten Gelegenheit, die Frage auszurollen, weshalb der Kongreß die Delegierten der Buchdrucker-Gewerkschaft von der Teilnahme ausgeschlossen habe.

In der Sitzung am 6. Februar stand die Statutenberatung zur Erledigung. In der Generaldiskussion wurde die Frage erörtert, ob ein Ausbau des Unterstüßungsvereins eintreten solle.

Die Delegierten entscheiden sich für die Erweiterung der Unterstüßungs-Einrichtungen. Beim Sterbefalle eines Mitgliedes sollen 150 M., beim Sterbefalle der Frau eines Mitgliedes 100 M. Unterstüßung gewährt werden.

Der Sitz des Centralvorstandes bleibt in Berlin. Abgelehnt werden alle Anträge, welche eine Erhöhung des Wochenbeitrages und des Eintrittsgeldes verlangten.

Hierauf erhielt der Verbandsvorsitzende Knoll zur kurzen Begründung einer auf die Tarifgemeinschaft bezüglichen Resolution das Wort, die im Sinne der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses gehalten war und einstimmige Annahme fand.

Die Anstellung eines zweiten Beamten lehnte der Verbandstag ab. Das Gehalt des ersten Vorsitzenden, der zugleich Redacteur ist, wird um 300 M. pro Jahr erhöht. Dasselbe beträgt jetzt incl. Wohnungszuschuß 2100 M. pro Jahr.

Prozeß v. Kriegsheim und Genossen.

Reunter Tag.

Nach Erörterung einer Wechselsaite, bei der ein Mittergutsbesitzer der Geschädigte war, kam gestern in der Nachmittags-sitzung folgender Anlagefall zur Erörterung: Im Sommer 1897 wurde v. Kriegsheim durch Wigmann, der damals als Agent bei der „Thuringia“ beschäftigt war, dieser Gesellschaft als Agent zugewiesen.

Angeld des Grafen Egloffstein

verschuldet habe. Der Fall Graf Egloffstein wird in nächster Woche eingehend verhandelt werden. Der Angeklagte v. Kriegsheim behauptet, daß die Versicherung über 100 000 M. den Jwed gehabt habe, die Gläubiger des Grafen E. zu vertrieben bis zu der sechs Monate später in Aussicht genommenen Heirat des Grafen.

Es wird nun behauptet, daß der Angeklagte bei der Anmeldung der Versicherung sowohl über die Verhältnisse des Grafen Egloffstein als auch über seine eignen unzutreffende Angaben gemacht habe. Er soll namentlich gesagt haben, daß die Internationale Discount-Bank 20 000 M. Kapital habe.

Darlehnsgeschäft,

das ein Arzt Dr. S. durch Vermittelung des v. Kriegsheim auf Grund einer eingetragenen Versicherung eingegangen war. v. Kriegsheim hatte den bei der „Thuringia“ angestellten Zeugen v. Webern angefragt, eine Annonce zu veröffentlichen, wonach Darlehen gegen Verbriefung einer Lebensversicherung vermittelt werden.

Effekt dieses Darlehensgeschäfts, das die „Thuringia“ selbst nicht eingang, war der, daß Dr. S. kein Darlehen erhielt und später von der Direktion aus der Versicherungsnahme entlassen wurde und der Angeklagte die Provision eingestrichelt hatte. Die Geschädigten sind in diesem Falle Herr Gustavus, der von der Direktion in Anspruch genommen, und Herr v. Webern, der Herrn Gustavus gegenüber rechnerisch verpflichtet war. Der Angeklagte gibt auch von der Entwicklung dieses Falles eine umfassende Darstellung, die sich darauf zielt, daß er Unrechtes nicht gelte. Rechtsanwalt Morris stellt aus den letzten verschiedenen Momenten fest, die diese Behauptung des Angeklagten unterstützen sollen.

Hierauf wird die Sitzung auf Sonnabend verlagert.

### Kommunales.

**Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag.** Das Magistratskollegium beschäftigte sich gestern mit dem Projekte des Stadtbaurats Krause bezüglich der Fortsetzung der Kaiser Wilhelmstraße über die Gartenstraße, welches die Bau-Deputation genehmigt hatte und das bekanntlich dahingehet, daß die Straße an der Koblantstraße in eine Gabelung überleitet werden soll, die einerseits nach dem Schönhauser, andererseits nach dem Prenzlauer Thor hin führt und bei ihrer Zusammenführung einen Schrägweg in dreieckiger Form erhalten soll. Das Kollegium genehmigte gleichfalls das Projekt und beschloß, der Stadtverordneten-Versammlung eine entsprechende Vorlage zur Zustimmung zu unterbreiten.

Die Stadtverordneten-Versammlung hatte bekanntlich beschlossen, die Grundstücke Kohlschloß 11, 12, 12a, An der Friedrichsgracht 18-19 und Ritterstraße 13 für die von den Eigentümern geforderten Preise zu erwerben und die in diesen Grundstücken über den 1. April d. J. hinausgehenden Mietsrechte, so weit dies erforderlich wird, im Wege der Enteignung aufzuheben. Das Magistratskollegium ist diesem Beschlusse der Versammlung beigetreten.

Nach dem Bericht des Kuratoriums des städtischen Vieh- und Schlachthofs sind im Monat Januar 1900 auf dem städtischen Schlachthofe 69 440 Schweine — gegen 57 224 im Januar 1899 — auf Trüchtern unterrichtet worden. Davon sind 31 Stück wegen Trichinen und 51 Stück wegen Hinnen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

Nach Beschlusse des Magistratskollegiums soll der in einer hiesigen Fortbildungsschule verständigweise eingerichtete russische Sprachunterricht auch ferner erhalten werden.

Der Magistrat wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung die Anfrage der Stadtverordneten Dr. Schwalbe und Genossen betreffend die Verlegung des Festivals des Kathaues zur Giordano Bruno-Feier beantworten.

Die über die Uebelstände im Müggelsee am 17. Dezember 1899 angestellten Untersuchungen sind nunmehr abgeschlossen. Das Magistratskollegium hat beschlossen, demnächst der Stadtverordneten-Versammlung hierüber ganz ausführlichen Bericht zu erstatten.

**Wahlrecht und Krankenhaus.** Der von der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung des Arztlingschen Antrags eingesehete Ausschuss hielt am Mittwoch eine Sitzung ab. In der Debatte wurde das bekannte Ober-Verwaltungsgerichts-Urteil besprochen. In der Hand desselben wurde von verschiedenen Seiten ausgeführt, daß danach auch ein Vorstufsfonds nichts nützen würde, sobald der in einem Krankenhaus Aufgenommene als Armer und nicht lediglich als Kranker aufgenommen sei. Es gebe nur zwei Wege, wenn man wirklich die Entrechtung derjenigen hindern wolle, die selbst oder deren Angehörige ein Krankenhaus aufsuchen müßten: entweder man anerkenne als sociale Pflicht der Stadt unentgeltliche Krankenhaus-Behandlung für die Krankenhauspflege Bedürftige oder man launde allgemein die Krankenhauszahlung auf ein Jahr ohne jeden Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse des Verpflegten. Die Erfüllung dieser Pflicht sei auch aus hygienischen Gründen zu empfehlen, zumal sie sehr wenig kostspielig sei. Nur etwa 800 000 M. würden jährlich für Aufnahme in städtischen Krankenhäusern Verpflegter zurückerstattet, der größte Teil dieser Summe entfalle aber auf die Krankenkassen. Die Summe, die von Privaten erstattet wird, sei sehr gering und werde ja selbstredend immer geringer werden. Dem geradezu thöricht würde ja ein Bürger handeln, wenn er für die Krankenhaus-Behandlung zahlt, wiewohl ihm dann doch noch der jetzigen Prozeß das Wahlrecht verloren gehen würde. Aus diesen Erwägungen heraus wurde von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt, jedem Bewohnen, der in Berlin die Unterhaltungswohnung erworben hat, das Recht zugestehen, falls er der Krankenhauspflege bedürftig sei, für sich und seine Angehörigen unentgeltliche Aufnahme zu verlangen, falls das Jahreseinkommen bei unverheirateten 1200 Mark, bei Verheirateten 2000 Mark nicht übersteigt. Ein weiterer Antrag ging dahin, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, wieviel seitens Privater für Krankenhaus-Pflege jährlich zurückerstattet werde und in wie viel Fällen das Einkommen der Zahlenden 1200 beziehungsweise 2000 Mark nicht übersteigt. Der Magistratsvertreter erwiderte eine Auskunft über den zweiten Teil des Antrags für sehr schwierig. Der sozialdemokratische Hauptantrag stöße auf grundsätzliche Bedenken. Seitens der Armen-Direktion sei übrigens eine Milderung des bestehenden Zustandes angeregt. — Die Mehrheit des Ausschusses sprach sich für den sozialdemokratischen Antrag für den Fall aus, daß kein anderer Ausweg für Beseitigung des allseitig bestehenden Zustandes gefunden würde. In einer Abstimmung über diesen Antrag kam es nicht, da ein von den Stadtverordneten Friedemann und Rathau eingegangener Antrag Annahme fand, der den Magistrat auffordert, der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zu legen, durch welche das Wahlrecht nicht deshalb genommen wird, weil ein Erkrankter oder sein Familienangehöriger Krankenhauspflege in Anspruch nehmen mußte. Ob der Magistrat einen anderen Weg als den von sozialdemokratischer Seite angeregten finden wird, darf billig bezweifelt werden. Freilich ist deshalb noch nicht zu hoffen, daß er ihn vorschlagen wird.

### Lokales.

**Achtung Noabiti!** Die Parteigenossen, welche gewillt sind, am Sonntag bei der Flugblattverteilung in 44. Wahlbezirk zu helfen, wollen sich morgens 8 Uhr bei Joh. Parr, Pultzstraße 10, melden. Diejenigen, welche am Tage der Wahl, den 14. d. M., den ganzen Tag thätig sein wollen, werden gebeten, sich am Mittwoch, morgens 8 Uhr im Wahlbureau bei Joh. Parr, Pultzstr. 10, zu melden.

### „Politische Schlagworte.“

Bei den Kommunalwahlen muß die Politik aus dem Spiele bleiben! Fort mit der ewigen Betonung des politischen Standpunktes, die hier nicht hergehört, fort mit den abgedroschenen politischen Schlagworten, von denen der Kommunalwähler nichts wissen will! Seit vielen Jahren ergeht dieser Ruf in Berlin, so oft die Kommunalwahlen heran kommen. Man konnte ihn auch vor wenigen Monaten wieder vernahmen, als im November die Kommunalwähler an die Urne schreiten sollten, und er erhebt sich — lauter noch als sonst — von neuem jetzt, wo einige Nachwahlen vorzunehmen sind. Was sind das für Leute, die sich so aufdringlich lärmend als Gegner der „politischen Schlagworte“ bezeichnen? Früher leistete sich diesen Spah nur die Gruppe der vereinigten Konservativen, Antisemiten usw. die sich unter dem Sammelnamen der „Bürgerpartei“ zusammengefunden haben.

Genie machen es ihnen in Noabiti auch die National-Socialen nach, indem sie als „Nieterpartei“ firmieren. Hier giebt es also nun glücklich zwei Parteien, die „nichts mehr von politischen Schlagworten wissen wollen“.

Bei Kommunalwahlen also, muß die Politik aus dem Spiele bleiben. Die politischen Anschauungen und Grundsätze eines Stadtverordneten-Kandidaten — sagen die „Unpolitischen“ — haben mit seiner Stellung zu den kommunalen Angelegenheiten nichts zu thun. Wer zur Mitarbeit an der Verwaltung der Kommune berufen wird, der soll sich seine Meinung bilden und sein Urteil abgeben, ohne sich dabei von seinem politischen Parteistandpunkt leiten zu lassen. Ja, kann er denn das? Wird der es können, bei dem die politische Stellungnahme wirklich in ehrlicher Ueberzeugung wurzelt? Wird der es wollen, dem die Parteizugehörigkeit nur eine Maske ist, die er aus Heuchelei oder Eigennutz vorzuzug?

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung haben die Socialdemokraten bisher noch niemals ihren politischen Standpunkt verleugnet. Unsere Genossen haben stets gezeigt, daß sie eingebildet sind ihrer Pflicht, auf sociale Reformen hinzuwirken, soweit das im Rahmen der Kommunalverwaltung irgend möglich ist. Dagegen haben allerdings viele, die sich „freisinnig“ nennen, oft genug selbst die sogenannten alten liberalen Forderungen preisgegeben, die der Liberalismus einstmalig in seinen volkreundlicheren Tagen aufgestellt hat. Nur da haben sie sich noch des freisinnigen Princips erinnert, wo sie es als Vorwand zur Hintertreibung socialer Reformen benutzen konnten.

Da soll es gleichgültig sein, zu welcher politischen Partei sich ein Stadtverordneten-Kandidat bekennt?!

Bei Wichte bestehen können und wollen auch die „unpolitischen“ Gruppen — die konservativ-antisemitische wie die national-socialen — in kommunalen Fragen ihren politischen Standpunkt nicht verleugnen. Sie fordern nur deshalb, daß bei Kommunalwahlen die Politik aus dem Spiele bleibe, und reden nur darum von „politischen Schlagworten“, weil sie wissen, daß sie mit ihrer politischen Richtung in Berlin keine Erfolge haben können. Wie rasch würden diese Scheingegner der „politischen Schlagworte“ ihre „bürger- und nieterparteiliche“ Maske fallen lassen, wie gern würden sie ihre konservativ-antisemitische, wie freudig ihre national-socialen Fahne entrollen, wenn sie hoffen dürften, daß ihnen das etwas nützte! Den Füchsen hängen die Trauben zu hoch, darum nennen sie sie säuer.

Nach welcher Seite hin die in kommunalen Fragen angeblich „unpolitischen“ „Bürger- und Nieterpartei“ ihren politischen Standpunkt in der Stadtverordneten-Versammlung zur Geltung bringen würden, wenn sie hinein kämen und Einfluß erlangten, das kann kaum zweifelhaft sein. Die Vertreter der „Bürgerpartei“ sind für jede Rückwärtserei zu haben — die Haltung der vereinigten Einzelnen, in denen sie sich noch in der Stadtverordneten-Versammlung erhalten haben, hat das wiederholt bewiesen. In gewissen Dingen würden aber auch die National-Socialen auf Seiten der „bürgerparteilichen“ Rückwärtler zu finden sein; wir brauchen nicht erst darauf hinzuweisen, daß sich hinter dem harmlos klingenden Wort „national“ die Reizung zu sehr bedenklichen Dingen verbirgt.

Das Gerede von den „politischen Schlagworten“ ist selber ein Schlagwort, und zwar ein höchst verdächtiges. Dieses Schlagwort führen mit Vorliebe alle unsicheren Kantontisten im Munde, die Grund haben, andere Leute über ihre wahren Absichten im unklaren zu lassen. Wer das mitmacht, der darf sich nicht wundern, wenn man auch ihn zu den unsicheren Kantontisten zählt.

**Die Untersuchung über die Verunreinigung des Leitungswassers aus dem Müggelsee** ist, wie jüngst schon gemeldet wurde, abgeschlossen, und der Bericht der Direktion der Wasserwerke befindet sich in den Händen des Magistrats. Die „Berliner Zeitung“ kann nun mitteilen, daß der Müggelsee in der That verunreinigt worden ist, nicht einmal, sondern wiederholt, und daß trotz aller Bereitwilligkeit der Regierung, dem Schaden abzuhelfen, eine eigentliche Gewähr für die dauernde Reinhalt des Müggelsee-Trinkwassers nicht mehr gegeben ist. Drei Kilometer von Friedrichshagen entfernt liegt am Damerigsee in Gärter eine Teerprodukt-Fabrik. Diese Anlage beschäftigt sich damit, aus dem Teer Benzol, Karbol und ähnliche schöne Produkte zu gewinnen. Nun hat die Untersuchung des Müggelsee-Trinkwassers wiederholt ergeben, daß Karbol im Wasser enthalten ist. Die Fabrikanlage hat offenbar Karbol in den Damerigsee gelassen, und zwar in größerer Menge, und so ist das Karbol in den Müggelsee und trotz aller Filterapparate ins Trinkwasser gelangt. Die Regierung legt nun der Fabrik auf den Boden, es wird ihr aller Wahrscheinlichkeit nach aufgegeben werden, ihre Abwässer anderweitig abzuliefern. Die industriellen Anlagen an der Obersee sind eine andauernde Gefahr für das Berliner Trinkwasser. Die Gefahr wächst hier, genau wie beim Tegeeler See, von Jahr zu Jahr mit dem Anwachsen des Verkehrs.

**Zu den viel erörterten Mischänden in der Fleischschank** auf dem Schlachthof hat nach der „Allg. H.-Ztg.“ die Freie Vereinigung selbständiger Fleischermeister Beckius und Umgegend einen Beschluß angenommen, worin sie die Ueberzeugung ausdrückt, daß das beste die gänzliche Aufhebung der Kochsalz wäre. Sollte dieser Weg aber nicht eingeschlagen werden, so solle das gekochte und gepökelte Fleisch nur an Straßentischen zum Verbrauch abgegeben werden, um es unmöglich zu machen, das Fleisch, Garmittel z. durch Einkäufe verwerflichen Fleisches das Publikum täuschen und durch billige Preise unästhetischen Wettbewerb bereiten. Wir glauben nicht, daß Strafverschärfungen der von den Fleischermeistern gewünschten Art in deutschen Gefängnissen und Justizhäusern zulässig sind.

**Hat die Eisenbahnbureaukratie sonst nichts zu thun?** So muß man unwillkürlich fragen, wenn man von den Eberereten hört, die dem Publikum in Rummelsburg bereit werden, wenn es den Versuch unternimmt, Arbeiter-Wochenkarten zu lösen. Personen, die lange Jahre auf Arbeiter-Wochenkarten gefahren sind, und zwar mit vollster Berechtigung, erhalten von dieser Eisenbahn-Station jetzt keine solche Karten mehr verabfolgt. Die Beamten berufen sich mit einem Mal auf eine kürzlich erlassene Verfügung, nach der nur an solche Personen Arbeiter-Wochenkarten abgegeben werden sollen, die im „völligen Sinne des Wortes wirklich Arbeiter sind“. Die Vorgehensweise der Invalidentakte, durch die man sich bisher legitimieren konnte, genügt durchaus nicht mehr zur Feststellung der Arbeitereigenschaft; vielmehr entscheidet der dienstgebende Beamte über die Frage, ob jemand Arbeiter ist oder nicht, durchaus nach eigenem Ermessen. Arbeiter, deren Beruf es gestattet, in etwas besserer Kleidung zu gehen, werden zurückgewiesen, und nichts hilft vorab gegen den apodiktischen Entscheid der Beamten, daß der in Betracht kommende Arbeiter kein Arbeiter sei. Ein Glück ist es noch, wenn auch bezeichnend für den Streik in der Eisenbahn-Bureaukratie, daß die auf der Vorortstation kategorisch abgewiesenen Arbeiter in Berlin anstandslos die ihnen gebührende Wochenkarte erhalten.

Die in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter dürfen wohl erwarten, daß die höhere Eisenbahnbehörde den Gepflogenheiten in Rummelsburg durch eine kategorische, eindringliche Anweisung ein schnelles Ende bereitet. Es sollte uns freuen, wenn wir bald berichten

könnten, daß die in Betracht kommenden Arbeiter fortan von den Beamten nicht mehr behelligt werden und ihre Wochenkarte so gut und anstandslos wie früher gegen ihr gutes Geld ausgehändigt erhalten.

**Der Berliner Kahlverein für Obdachlose** hat, wie wir dem eben erschienenen Jahresbericht entnehmen, im Jahre 1899 im Männerzähl 237 027 (gegen 232 533 im Vorjahre) und im Frauenzähl 87 684 (gegen 86 007 im Vorjahre) Personen beherbergt. Damit ist die Zahl der Personen, die der Verein in den 31 Jahren seines Bestehens ausnahm, auf 3 770 927 gestiegen. Dadurch, daß der Verein seinen Gästen außer wohlfingierten Waschlagenstellen die Möglichkeit bot, ein Bad zu nehmen, wovon 111 307 Männer und 13 804 Frauen Gebrauch machten, auch die Desinfektion der Kleider von Hygienisten, die an Ungezieser litten, in vielen Tausenden von Fällen vornahm, hat er nicht nur für die Gesundheit der Anstalten gesorgt, sondern sich auch um die hygienischen Verhältnisse Berlins im Verdienste erworben. Leider ist die finanzielle Grundlage, auf welcher der Verein sein humanitäres Werk ausführt, noch keine völlig sichere; der Verein hat alljährlich ein Defizit zu decken, wozu er die ihm zu gewendeten Legate und Stiftungen heranziehen muß. Er hat sich daher an seine Mitglieder mit der Bitte um Erhöhung der Beiträge und Anwerbung neuer Mitglieder gewendet.

**Die Mitteilung**, daß mit den Tribünenarten des Reichstags Handel getrieben werde, entbehrt nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ jeder Begründung. Klagen über Ungezieserlaken der gestern vor uns erwähnten Art sind übrigens schon früher im Publikum laut geworden.

**Er hat's dazu.** Eine Kanton von einer Million Mark hat nunmehr der Bankier Sternberg für seine Hofhaltung dem Landgericht I angeboten. Der Untersuchungsrichter lehnt es jedoch ab, Sternberg vor Abschluß der Untersuchung aus der Haft zu entlassen.

**Güterverkehr auf der Straßbahn.** Wie bekannt, liegt es in der Pflicht der „Continental-Gesellschaft“ für elektrische Unternehmungen in Nürnberg, auf ihrer seit einigen Monaten elektrisch in Betrieb gesetzten Straßenbahnlinie (Liedmannstraße-Höhen-Schönhausen) auch den Güterverkehr und den Transport von Leichenfontänen vom Krankenhaus Friedrichshagen aus bis nach den Kirchhöfen bei Höhen-Schönhausen einzurichten. Dem Vernehmen nach soll der Minister der öffentlichen Arbeiten neuerdings der erwähnten Gesellschaft die Genehmigung zur Einführung des Güterverkehrs auf ihrer Straßbahn Berlin-Höhen-Schönhausen erteilt haben und ist zu erwarten, daß die Gesellschaft den Gütertransport demnächst aufnehmen wird.

**Ein Gold- und Juwelendiebstahl** ist bei dem Juwelier C. Lüdte, Dresdenstr. 7, verübt worden. Die Diebe haben drei starke eisenschlagene und mit Sicherheitschloßern versehene Schubladen erbrochen und eine größere Zahl von Brillantringen, Broschen, wertvollen goldenen Uhren und Ketten entwendet. Der Wert der gestohlenen Gegenstände dürfte sich auf 8000 Mark belaufen. Der Einbruch ist jedenfalls kurz nach Mitternacht geschehen, denn ein um jene Zeit heimkehrender Wirtshausbesitzer des Hauses hörte, als er die Treppe emporstieg, verdächtiges Geräusch und bemerkte außerdem zwei Männer, von denen der eine sich nach dem Hofe, der andere nach dem vierten Stock hin entfernte. Ein dritter Complice hat an der nächsten Strogedede Wache gehalten und einmal einen Warnungsruf ausgestoßen. Die Polizei jagt auf drei Männer, die kürzlich in dem Geschäft vorrücken und unter dem Vorwande, das zum Ausverkauf gestellte Warenlager im ganzen erwerbten zu wollen, sich eingehend über die Vertikale orientierten.

**Zu den Juwelendiebstählen**, über die wir gestern berichtet haben, wird jetzt gemeldet, daß bei der Firma R. Konold, Rosenhallerstr. 36 verübt worden sind. Es ist dies eine Diamanten-Feuerwerksfabrik. Ein Gehilfe und ein Lehrling sind als Diebe, acht Wasser- und Juwelere als Hehler verhaftet worden. Sechs andre Personen, Helfersbesser der Hehler, sind der Mitthäterenschaft verdächtig. Der Inhaber der Fabrik, der sich oft auf Reisen begeben mußte, hatte die Leitung der Geschäfte einem Gehilfen übertragen, dem es auffiel, daß Diamanten und wertvolle Werkzeuge verschwanden. Der Lehrling wurde einem Verhör unterzogen und legte ein Geständnis ab, wodurch 15 Personen beschuldigt sind, seit dem Jahr 1894 von dem Gehilfen gestohlene Diamanten gekauft zu haben.

**Die Geschichte von dem Goldklumpen**, die gestern aus Spandau gemeldet wurde, hat sich schon dahin aufgeklärt, daß nicht der „Schwager“, sondern der verhaftete Rudolf Schenk aus Charlottenburg selbst der Spitzbube ist, der das Gold gestohlen hat. Er war Arbeiter in der hiesigen königlichen Münze, hatte vor kurzem einen Betriebsunfall erlitten und blieb deshalb als Patient die Arbeit fern. Während seiner Krankheit unterstüzte er seine Schwester in ihrem Handelsgeschäft und beauftragte sie mit dem Verkauf des Goldes. Dieses hat er, wie nun festgestellt worden ist, ans der königlichen Münze entwendet; es sind Goldabfälle, die er sich rechts-widrig angeeignet hat.

**Mit Cyankali vergiftet** hat sich gestern vormittag die 30 Jahre alte Telephonistin Helene Wendt aus der Schillingstraße. Sie wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, starb hier aber schon bald nach der Aufnahme unter den Händen der Aerzte. Die Veranlassung zu dem Selbstmord ist unbekannt.

**Von seinem eigenen Wagen überfahren** wurde gestern, Freitagmorgen um 2 Uhr, der 39 Jahre alte Kolltischer Franz Böhm, der in der Badegasse 20 wohnt, in der Bartelstraße beschädigt ist. Böhm hat vor einem Hause in der Reuen Königstraße abgeladen. Als er seinen Wagen wieder bestieg, zogen die Pferde unvermerkt an. Er fiel so unglücklich herab, daß ihm die Rippen über Kopf und Brust gippen. Mit einem Schädelbruch und schweren inneren Verletzungen wurde er auf die Unfallstation X und von dort mit einem Luchsen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

**Zu der Valentiniischen Mordsache** waren vor einigen Wochen zwei verdächtige Personen in Nürnberg festgenommen worden. Diese beiden sind jetzt wieder aus der Haft entlassen worden, nachdem sich ihre Unschuld herausgestellt hat.

**Bei der Arbeit schwer verunglückt** ist gestern der 36 Jahre alte Fabrikarbeiter Fritz Neubert vom Reibfussler Nr. 62, der in einer Lampenfabrik in der Wassertrichstraße beschäftigt war. Er glitt beim Paden aus und fiel so unglücklich auf eine Raute der Miste, daß er sich die linke Kniegabel verstauchte. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

**Der Berliner Bureau-Beamten-Verein** hat einen neuen Entschluß gefaßt über das Reichsrecht über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, das Preussische Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit und die neuen Lehensgesetz veranlaßt. Die Vorlesungen, die Dienstagabend 8 1/2 Uhr in dem Saal der Friedrich-Werderschen Gewerkschaftschule hier, Reibfusslerstr. 12, von Herrn Rechtsanwält Herrschel Peggall gehalten werden, nahmen am 6. d. M. ihren Anfang. Hörsitzer von Preile von 1 M. für den ganzen Entschluß werden von Vorlesungen des genannten Vereins, Bureauvorsitzer Otto Kaubert hier, Jägerstr. 88 I, an alle Interessenten abgegeben.

**Theater und Vergügungen.** Im Schiller-Theater wird heute die Kavaliere-Festspiele zum erstmalig wiederholt. Am dem Goltfried Keller-Abend, den das Schiller-Theater am Sonntag, den 11. Februar, im Bürgertheater des Rathhauses veranstaltet, waren als Sprecher Paulsen, Morawitz und die Herren Ferdinand, Gropi und Georg Pöschke mit. Den geschäftlichen Teil des Abends hat Madame Jeanne Gold übernommen. — Das Thalia-Theater bezieht heute das Jubiläum der 50. Aufführung der Ausstattungsspiele: „Im Himmel“. — Am Carl-Weiß-Theater gelangt heute nachmittags das Sündenmädchen „Kostaphen“ bei kleinen Preisen zur Aufführung.

**Auf der Dreptow-Sternwarte** irrte Director Argenhold Sonntag nachmittags 5 Uhr über Sonnen- und Kosmosbeobachtungen und abends 7 Uhr über die Bewohnerarten der Welt. In dem ersten Vortrag wird Director Argenhold nähere Mitteilungen machen über die geplante Expedition des Vereins von Freunden der Dreptow-Sternwarte nach Spanien zur



